



Finanz
28.12.61

Zeitung
der Schweizerischen
Friedensbewegung

Unsere Welt



Entlastungspaket 27

Sparen für den Krieg?

Das Militär soll Milliarden für Aufrüstung und Waffen erhalten; die Bevölkerung muss die Zeche dafür zahlen. Mit dem Entlastungspaket 27 plant die Schweizer Regierung einschneidende Sparmassnahmen im Bereich der Bildung, ÖV, Umwelt und Sozialwesen. Kritik kommt von verschiedenen Seiten.

Von Tarek Idri

Der Bundesrat plant massive Kürzungen bei den Staatsausgaben. Mit dem sogenannten Entlastungspaket 27, das von FDP-Bundesrätin Karin Keller-Sutter vorgelegt wurde, sind für die Jahre 2027 und 2028 Einsparungen im Umfang von je drei Milliarden Franken geplant. Rund 60 Massnahmen sind vorgesehen, wobei insbesondere die Bereiche Bildung, ÖV, Umweltschutz und Sozialwesen betroffen sind. Der Anlass für das Anziehen der Sparschraube ist in erster Linie die Aufrüstung der Armee. Das eidgenössische Parlament beschloss, das Armeebudget auf 1 Prozent des Bruttoinlandsprodukts zu erhöhen, von aktuell 5,5 Milliarden auf 9 Milliarden in zehn Jahren. Zusätzlich soll der Zahlungsrahmen für das Militär von 2025 bis 2028 nochmals um vier Milliarden aufgestockt werden. Diese Mehrausgaben müssen aufgrund der Schuldenbremse kompensiert werden. Und mit einer bürgerlichen Mehrheit im Parlament und in der Regierung ist klar, dass die Folgen des Sparprogramms in erster Linie die breite Bevölkerung tragen wird.

Hochschulen unter Druck

Im Bildungsbereich sind Kürzungen geplant, die gravierende Auswirkungen auf die Chancengleichheit und soziale Teilhabe haben werden. So sollen die Finanzhilfen für die Weiterbildung gestrichen werden. Bereits heute haben Menschen mit kleinem Budget oft keinen Zugang zu Aus- und Weiterbildungen, obwohl sie besonders auf solche Angebote angewiesen wären. Auch die Unterstützung für Programme zur Förderung der Grundkompetenzen soll gestrichen werden.

Besonders einschneidend sind die angekündigten Massnahmen im Hochschulbereich. Der Bundesrat will die staatlichen Grundbeiträge kürzen und projektbezogene Beiträge streichen.

Die Folge ist eine massive Erhöhung der Studiengebühren – für Schweizer Studierende mindestens eine Verdoppelung, für ausländische Studierende sogar eine Vervielfachung. Damit würde sich die Schweiz dem US-amerikanischen Bildungssystem annähern, in dem der Zugang zur Bildung vor allem vom Geldbeutel abhängt. Die ETH warnt zudem, dass sie die wegfallenden Gelder nicht allein durch höhere Studiengebühren kompensieren könne – auch Angebote und Leistungen müssten gestrichen werden.

Grundversorgung gefährdet

Noch einschneidender sind die geplanten Kürzungen im Bereich der Asylsozialhilfe, welche den grössten Einzelposten des Sparpakets – rund 15 Prozent der Gesamtsumme – bilden. Der Bundesrat will in diesem Bereich weniger Geld für Integrationsarbeit und Unterstützungsleistungen einsetzen. Bereits heute liegen die Unterstützungsbeiträge für die Betroffenen in der Asylsozialhilfe meist deutlich unter dem Existenzminimum. Eine weitere Kürzung gefährdet nicht nur die menschenwürdige Grundversorgung, sondern untergräbt langfristig auch die Integration von geflüchteten Menschen in die Gesellschaft.

Das Entlastungspaket des Bundes betrifft auch den ÖV sowie den Umwelt- und Klimaschutz. Der Regionalverkehr erhält weniger Geld, was zu höheren Billettpreisen führen wird. Im Umweltbereich sollen unter anderem die Mittel für Biodiversität um über 70 Millionen Franken jährlich gekürzt werden.

Im Bereich der Medienförderung will der Bundesrat ebenfalls sparen – entgegen aktueller Parlamentsentscheide. In der Frühjahrsession 2025 hat das Parlament beschlossen, die indirekte Presseförderung auszubauen. Dass der Bundesrat diese nun trotzdem kürzen will, steht nicht nur im Wider-

spruch zur politischen Beschlusslage, sondern gefährdet auch eine vielfältige, unabhängige Medienlandschaft. Besonders betroffen wären kleinere Publikationen, wie etwa die Mitglieder- und Stiftungspressen – darunter auch die vorliegende Zeitung *Unsere Welt*.

Mehr Diplomatie wagen!

Besonders stossend ist: Für zusätzliche Milliarden an das Militär sollen auch humanitäre und friedensfördernde Bereiche bluten. Die Ausgaben für die Internationale Zusammenarbeit werden um 274 Millionen Franken für die Jahre 2027 und 2028 reduziert. Die Kürzungen werden direkt zulasten humanitärer Hilfe, Armutsbekämpfung und Krisenbewältigung gehen.

Im Westen wie im Osten wird derzeit enorm aufgerüstet. Die Schweiz macht wie immer mit. Dabei wäre es gerade in dieser Situation entscheidend, einen kühlen Kopf zu bewahren und auf eine allgemeine Abrüstung zu pochen. Nötig sind Mehrausgaben für Diplomatie und internationale Zusammenarbeit. Aufrüstung bringt nicht mehr Sicherheit, sondern erhöht die Wahrscheinlichkeit eines grossen Krieges.

Die Vernehmlassung des Sparpakets dauerte bis zum 5. Mai. Die Vorlage wird nun überarbeitet und voraussichtlich im September 2025 vom Bundesrat verabschiedet. Von vielen Seiten und gesellschaftlichen Akteuren kam bereits Kritik: von linken Parteien, Gewerkschaften, Umweltgruppen, von Hochschulen, Sportverbänden, bis hin zu den Städten und Kantonen. Der Bundesrat hat bereits angedeutet, dass er die Einwände der Kantone berücksichtigen wird und einen Vorschlag ausarbeitet, der für sie und die Bürgerlichen annehmbar ist: kleinere Belastung der Kantone und keine höhere Besteuerung der 2. und 3. Säule für die Oberschicht. Damit wird der Weg frei für die Umsetzung des Sparpakets. Gewisse Massnahmen unterliegen dem obligatorischen Referendum, bei den anderen haben die Grünen und die PdA Schweiz angekündigt, das Referendum zu ergreifen. Beim Sparen für Waffen und Militär muss auch die Friedensbewegung entschieden Nein sagen.

Aus dem Inhalt

Ein verkürzter Pazifismus	2
KSZE 1975: Ein Moment der Vernunft	3
Friedensgipfel in Jerusalem	4
Pulitzer-Preis für einen Palästinenser	5
Was ist Antimilitarismus?	6
Engagement für Vietnam	7
Wie die USA Hitler halfen	8

Spannungen zwischen Indien und Pakistan

Der Weltfriedensrat (WPC) äussert seine grosse Besorgnis über die Spannungen zwischen Indien und Pakistan, die nicht im Interesse der beiden Völker liegen. Der WPC verurteilt jegliche Art von Terrorakten, wie sie in jüngster Zeit beobachtet wurden. Wir halten es für wichtig, eine Deeskalation der Lage anzustreben und nicht die weitere Anheizung des Konflikts zwischen zwei Ländern zu fördern, die über Atomwaffen verfügen. Wir lehnen es entschieden ab, dass Drittländer die Situation für ihre eigenen Interessen instrumentalisieren, und sind fest davon überzeugt, dass die beiden Völker und die Völker der Region in Frieden und Freundschaft

miteinander leben können – unter Achtung des Völkerrechts und ohne Hass und Kriegshysterie.

Die sozialen Bedürfnisse der Menschen verdienen maximale Ausgaben zur Bekämpfung von Armut, für Bildung und Entwicklung – und nicht für kriegstreibende Eliten, die von Konflikten profitieren.

Der WPC ruft alle Seiten dazu auf, eine politische Lösung der Situation durch Verhandlungen zum gegenseitigen Nutzen der Völker zu finden. Krieg ist keine Lösung und gefährdet den regionalen sowie globalen Frieden.

Weltfriedensrat



Engagiere dich für den Frieden!

In Zeiten wie diesen ist der Einsatz für den Frieden dringender und notwendiger denn je: Der Krieg in der Ukraine, Völkermord in Gaza und unzählige weniger bekannte Konflikte verursachen enormes Leid und Zerstörung. Der Westen setzt auf Gewalt und Konfrontation. Die Schweizer Regierung tritt hinterher. Humanitäre Werte, eine Politik der friedensfördernden Neutralität und Diplomatie hat der Bundesrat über Bord geworfen. Offen wird auf eine engere Partnerschaft mit der NATO hingearbeitet, die Schweizer Armee bekommt Milliarden, während im Sozialbereich gespart wird.

Diese Entwicklungen machen deutlich, dass es eine starke Kraft für den Frieden braucht in der Schweiz und weltweit. Wir müssen dringend die Schweizerische Friedensbewegung SFB stärken und weiter aufbauen. Wir müssen die Bevölkerung über die schleichende Blockbildung und Militarisation informieren, wir müssen die Friedensfreund:innen in der Schweiz vernetzen und miteinander verbinden, um aktiv und offensiv Friedenspolitik zu machen. Du kannst ein Teil davon sein, wir brauchen dich! Werde Mitglied der Friedensbewegung, werde aktiv in der SFB-Lokalgruppe in deiner Region. Mache deine Bekannten und Freund:innen auf die Friedensbewegung aufmerksam, schenke ihnen ein Jahresabo dieser Zeitung. Und nicht zuletzt, unterstütze uns mit einem finanziellen Beitrag; die Friedensbewegung finanziert sich ausschliesslich über Spenden.

Spende einfach und bequem mittels QR-Code.

Oder über folgendes Konto:

IBAN: CH72 0900 0000 4000 1627 7

Vielen Dank!

Friedensbewegung
Riehentorstrasse 27
Postfach
CH-4001 Basel



Ostermarsch 2025

Wer hat Angst vor Pazifist:innen?

Der Ostermarsch in Bern und der Bodensee-Friedensweg mit zusammen über 2000 friedensbewegten Teilnehmenden wurde von der Presse weitgehend ignoriert. Stattdessen bietet man Leuten wie Peter Sigerist, der sich für militärische Aufrüstung ausspricht, eine Plattform.

Von Gabriela Neuhaus

Gerade in der heutigen Zeit, wo Meldungen über Kriegsgräuel und Aufrüstungs-Debatten die Schlagzeilen in unseren Medien dominieren, hätte man sich gewünscht, dass wenigstens anlässlich der Berichterstattung rund um die traditionellen Ostermärsche über Frieden und Alternativen zur aktuellen Politik berichtet würde.

Friedensfähig werden

Doch weit gefehlt! Die mehr als 2000 Menschen, die anlässlich des Ostermarschs in Bern und dem Bodensee-Friedensweg in Bregenz am Ostermontag für «Friedensfähig statt kriegstüchtig» plädierten, waren den meisten Medien keine Zeile wert. Dies, obschon in Bern mit Swisspeace-Direktor Laurent Goetschel eine wichtige Stimme der Schweizer Friedensforschung zu den Rednern zählte.

In Bregenz zeigte die aus Wien angereiste Klimapionierin Helga Kromp-Kolb in ihrem eindrücklichen Referat auf, wie eng die fortschreitende Klimakatastrophe mit Krieg und Aufrüstung verknüpft ist – und welche Lösungsansätze dringend notwendig sind, um diese tödliche Eskalationsspirale zu stoppen. Die Organisator:innen des Bodensee-Friedenswegs hatten ein vielseitiges Programm auf die Beine gestellt, das die Zusammenhänge zwischen Aufrüstung, Kriegstreiberi, Klimaerhitzung und Ressourcenverschwendung vor Augen führte. Interdisziplinäres Denken und Wissen, die es kaum je in unsere Mainstream-Medien schaffen.

Diese verzichteten denn auch weitgehend auf eine Berichterstattung über den Anlass. Stattdessen missbrauchte der Moderator der SRF-Tagesschau das Bild einer Osterdemo und den aktuellen pazifistischen Slogan «Friedensfähig statt kriegstüchtig» als Hintergrund für die Ammoderation eines Berichts über eine Promo-Veranstaltung der deutschen Bundeswehr.

Zivilbevölkerung als Kanonenfutter

Und in den TA-Medien im Raum Bern erhielt Ex-GSoA-Vorstandsmitglied und Vor-vielen-Jahren-einmal-Pazifist Peter Sigerist eine fast ganzseitige Plattform, um zu erklären, warum er sich von der Friedensbewegung abgesetzt hat.

Es ist nicht das erste Mal, dass sich der pensionierte Gewerkschaftssekretär und einstige Mitbegründer des Grünen Bündnis Bern medial mit seinem Gesinnungswandel brüstet und sich herablassend über sein früheres Umfeld äussert, das sich weiterhin für Frieden und Abrüstung engagiert.

Sigerist, der für das Pressebild vor der ukrainischen Botschaft posierte, macht sich für die Aufrüstung der Schweizer Armee «im Bereich von Drohnen, Fliegerabwehr und Cyberkrieg» stark, wohingegen schwere Waffen in die Ukraine zu liefern seien, «dorthin, wo die Demokratie verteidigt wird.» – Heuchlerischer geht es nimmer. Im Klartext heisst das nämlich nichts anderes, als dass die ukrainischen Soldaten und die dortige Zivilbevölkerung weiterhin



Aktivist:innen der SFB am Ostermarsch in Bern, 2025. Quelle: zVg.

als Kanonenfutter zur Verteidigung «unserer» Demokratie geopfert werden sollen...

Vergebliche Liebesmüh?

Damit nicht genug. «Die regelbasierte Weltordnung fällt auseinander», stellt Sigerist im Interview weiter fest und folgert daraus, dass der von der UNO verabschiedete Atomwaffenverbotsvertrag Makulatur sei. Das Engagement für die von der SP, den Grünen und einer breiten Koalition weiterer Organisationen lancierten Atomwaffenverbotsinitiative, die den Bundesrat zur Unterzeichnung des Atomwaffenverbotsvertrags verpflichten will, bezeichnet er denn auch als «vergebliche Liebesmüh».

Es ist absolut unverständlich und ärgerlich, dass Sigerist seine Thesen unwidersprochen und ohne Nachfrage von Seiten des Journalisten medial verbreiten kann. Ihn mit der Frage zu konfrontieren, wie denn seiner Meinung nach ein Atomkrieg zu verhindern ist, wäre angesichts der aktuellen Situation journalistische Pflicht gewesen. Fakt ist nämlich: Gerade weil die Weltordnung ausei-

inanderzufallen droht, braucht es die Stärkung der UNO und internationaler Vertragswerke. Das ist heute nicht anders als es in den 1950er Jahren war, als sich Wissenschaftler:innen und Friedenspolitiker:innen weltweit der Aufrüstungsspirale widersetzen. Dieser Widerstand ist heute genauso nötig und gerechtfertigt wie damals.

Die gute Nachricht: Diesen Widerstand gibt es, genauso wie vielfältige Ansätze für einen gewaltfreien Umgang mit Konflikten. Diese Stimmen werden aber von den Mainstream-Medien sowie vielen Politiker:innen nicht ernst genommen. Statt dass man ihnen das notwendige Gehör verschafft, werden sie unterdrückt – und lächerlich gemacht.

Irrsinnige Militärausgaben

So auch in der mageren Berichterstattung über die Demo in Bern, die sich darin gefällt, die Friedensbewegung erneut zu disqualifizieren und Teilnehmer:innen am Ostermarsch mit Suggestivfragen dazu zu bringen, sich selber der Naivität zu bezichtigen. «Dann bin ich halt naiv,

doch ich kann nicht aufhören, mich für den Frieden einzusetzen», wird etwa eine Teilnehmerin vom Berner Ostermarsch in Bund und BZ zitiert. Vielleicht ist ja gerade das Gegenteil der Fall? Genauso gut – oder vielleicht sogar noch zutreffender – könnte man nämlich all jene fragen, die jetzt wieder nach Kriegstüchtigkeit, Aufrüstung und nuklearer Abschreckung rufen, ob ihr Kalkül nicht auf falschen Hoffnungen beruht und es nicht naiv sei, sich davon mehr Sicherheit zu versprechen.

Fakt ist, dass wir uns die aktuell angesagte Aufrüstung und das endlose Weiterkriegen gar nicht leisten können. Weder finanziell noch ökologisch. Wir brauchen andere Wege, um unsere Probleme und Konflikte zu lösen. Auch die gegenwärtigen Freundinnen und Freunde der Aufrüstung werden aufstöhnen, wenn es ihnen, angesichts der neuen, irrsinnigen Militärausgaben, schon bald ans eigene Portemonnaie geht. Erfahrungsgemäss liegt dieses nämlich den meisten näher, als «Demokratieverteidigung», weit weg vom eigenen Gärtli.

Ein verkürzter Pazifismus

Jo Lang fordert Waffenlieferungen

In jüngerer Zeit tritt der bekannte GSoA-Vertreter und selbsterklärte Pazifist Jo Lang immer wieder mit problematischen, kriegstreiberischen Aussagen an die Öffentlichkeit. In einer Rede Ende März 2025 fordert er Waffenlieferungen an die Ukraine, stellt den militärischen Sieg der Ukraine als alternativlos dar – und bringt sogar einen NATO-Beitritt der Schweiz als politisch denkbare Option zur Debatte. Wörtlich sagte er an der Versammlung einer Basler SP-Sektion: «Um zu verhindern, dass Russland gewinnt, ist die Ukraine auf NATO-Waffen angewiesen. Das muss ich als Pazifist eingestehen. (...) Aber das Stiften von Frieden kann in Extremfällen den Einsatz von Waffen erheischen.»

Fragwürdige Gleichsetzung

Direkt unter dem zitierten Satz legitimiert Lang seine Haltung, indem er auf die Rolle der Alliierten im Zweiten Weltkrieg verweist, die Europa von den Nazis befreiten. Der Gedanke, dass Waffen in bestimmten Extremsituationen Frieden schaffen können, mag emotional nachvollziehbar sein – er ersetzt jedoch keine systemische Analyse der heutigen geopolitischen Verhältnisse. Russland ist nicht Nazi-Deutschland, und die russische Offensive, so verwerflich sie auch ist, lässt sich nicht eins zu eins auf die faschistischen Expansionsbestrebungen der 1930er-Jahre übertragen.

Dennoch scheint Lang – bewusst oder unbewusst – genau diesen Vergleich immer wieder vorzunehmen. Damit legitimiert er nicht nur die Militarisierung in den westlichen Ländern, sondern trägt zur moralischen Aufrüstung einer geopolitisch hochgefährlichen Konfrontation bei und verharmlost die Verbrechen des Faschismus. Wer – wie Lang – Russland zu einem neuen «Hitlerstaat» erklärt, öffnet auch die Tür für jene Logik, in der Waffenlieferungen nicht mehr hinterfragt, sondern als ethische Pflicht dargestellt werden.

Unwille zur Analyse

Langs Position offenbart ein tieferliegendes Problem: die Unschärfe und strategische Schwäche eines Pazifismus, der sich nicht klar genug mit den Ursachen von Gewalt und Krieg beschäftigt hat. Viel zu oft bleibt es bei der moralischen Ablehnung von Waffen, ohne dass die ökonomischen, imperialen und machtpolitischen Verhältnisse, die kriegerische Eskalationen überhaupt erst ermöglichen, ernsthaft analysiert wurden.

Lang verurteilt zu Recht die russische Aggression – doch seine Positionen verstärken Narrative, die militärisches Handeln des Westens als alternativlos erscheinen lassen. Damit untergräbt er die Glaubwürdigkeit des Pazifismus und der Friedensbewegung insgesamt. Jo Lang steht

heute sinnbildlich für die innere Krise einiger Strömungen des modernen Pazifismus: Er verkörpert die Spannung zwischen moralischem Ideal und geopolitischer Realität – aber er löst sie nicht, sondern verschiebt die Grenze des Vertretbaren. Wer als Pazifist zu den Waffen ruft, gibt sein Profil auf. Es ist ein Beispiel dafür, wie eine politische Bewegung an ihrem eigenen Unwillen zur Analyse scheitern kann.

Konsequent für Frieden

Die Schweizerische Friedensbewegung SFB verfolgt einen grundlegend anderen Ansatz. Als breit verankerte, weltanschaulich offene Bewegung steht sie in solidarischer Verbindung mit Friedenskräften weltweit. Sie verbindet die konsequente Ablehnung von Aufrüstung, imperialer Kriegslöge und geopolitischer Konfrontation mit dem Eintreten für internationale Entspannung, Dialog, Völkerfreundschaft und globale Gerechtigkeit. Die SFB versteht Frieden nicht als moralische Haltung, sondern als politisches Projekt, das die Ursachen von Krieg – Ausbeutung, Feindbilder, Vorherrschaftsansprüche – bekämpft. In diesem Sinne bietet die SFB eine glaubwürdige und handlungsfähige Alternative in einer Zeit zunehmender Militarisierung.

Schweizerische Friedensbewegung



Block der Friedensbewegung an der 1. Mai-Demonstration in Zürich. Quelle: zVg.

Kooperation und Abrüstung

Die KSZE 1975: Ein Moment der Vernunft

Vor 50 Jahren unterschrieben 33 europäische Staaten sowie die USA und Kanada die «Schlussakte von Helsinki», ein Dokument, das eine zweijährige Verhandlung zwischen diesen Staaten abschloss. Die «Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa» (nicht zu verwechseln mit der späteren OSZE) endete mit der Unterzeichnung durch alle beteiligten Staaten mit einem vollen Erfolg.

Von Ueli Schlegel

Wir wissen nicht, wer von den beteiligten Staatsmännern Immanuel Kants Werke gelesen hatte. Kant, geboren 1724 in Königsberg (Preussen), seit 1946 Kaliningrad (Russland), also in einer Stadt zwischen West und Ost, hätte sich sicher über dieses Vertragswerk gefreut. Kant schrieb: «Frieden ist das Meisterwerk der Vernunft.»

Mit dem KSZE-Vertragsabschluss ging eine heisse, gefährliche Phase des Kalten Krieges zu Ende. Die westlichen kapitalistischen Staaten begruben nun ihre Rollback-Strategie gegenüber dem sozialistischen Osten – eine Strategie, die vom Rechtsanwalt und Aussenminister der USA, John Foster Dulles, unter dem US-Präsidenten Eisenhower und vom britischen Premierminister Churchill entwickelt worden war. Instrument des «Zurückrollens» des Sozialismus wäre die NATO gewesen. Eisenhower, ein kalter Krieger und Aufrüster, Präsident der USA von 1953 bis 1961, warnte freilich am Schluss seiner Präsidentschaft ausdrücklich vor dem militärisch-industriellen Komplex: «Wir in den Institutionen der Regierung müssen uns vor unbefugtem Einfluss – beabsichtigt oder unbeabsichtigt – durch den militärisch-industriellen Komplex schützen. Das Potenzial für die katastrophale Zunahme fehlgeleiteter Kräfte ist vorhanden und wird weiterhin bestehen. Wir dürfen es nie zulassen, dass die Macht dieser Kombination unsere Freiheiten oder unsere demokratischen Prozesse gefährdet. Wir sollten nichts als gegeben hinnehmen. Nur wachsame und informierte Bürger können das angemessene Vernetzen der gigantischen industriellen und militärischen Verteidigungsmaschinerie mit unse-

ren friedlichen Methoden und Zielen erzwingen, so dass Sicherheit und Freiheit zusammen wachsen und gedeihen können.»

Entspannung statt Krieg

Nach Eisenhower folgten Kennedy und Johnson. Beide leiteten eine gewisse Entspannungspolitik gegenüber den sozialistischen Staaten ein. Ihr Nachfolger Nixon unterstützte die Entspannung gegenüber Osteuropa und der Volksrepublik China ebenfalls. Er war der erste Präsident der USA, der zu Staatsbesuchen in die Sowjetunion und in die Volksrepublik China reiste (1972). Nixon unterschrieb zwei wichtige Abrüstungsverträge mit der Sowjetunion – das SALT-Abkommen und den ABM-Vertrag. Noch stärker engagierte sich der nächste Präsident der USA für Abrüstung und Entspannung, Gerald Ford. Er unterzeichnete dann eben auch zusammen mit Breschnew und 33 weiteren Staatsmännern 1975 die Schlussakte der KSZE in Helsinki.

Interessant ist, wer die europäischen Staaten an den KSZE-Verhandlungen vertrat. Es waren Befürworter der Entspannung und Abrüstung. Aus den neutralen Staaten (Schweden, Finnland, Österreich, Schweiz) kamen Unterstützer eben dieser Neutralität: Olof Palme, Urho Kekkonen, Bruno Kreisky, Pierre Graber, alles Leute mit Profil, die eine eigenständige Politik im Interesse ihres Landes verfolgten. Man denke nur an das politische Asyl Schwedens für amerikanische Deserteure im Vietnamkrieg und die Beziehungen der Schweiz und Österreichs zur palästinensischen Befreiungsorganisation PLO.



Erich Honecker unterschreibt die KSZE-Konferenz-Schlussakte. Quelle: bundesarchiv.de CC BY-SA 3.0

Wie kam es zum KSZE-Vertrag?

Der Impuls zur KSZE ging von der Sowjetunion und den sozialistischen Staaten Osteuropas aus. Die kommunistischen Parteien hatten schon um 1930 und dann nochmals etwa 1950 begriffen, dass in Westeuropa und in den USA keine revolutionäre Situation mehr herrschte. Die west- und nordeuropäischen kapitalistischen Staaten hatten nach dem Zweiten Weltkrieg eine umfangreiche Sozialpolitik entwickelt, nicht zuletzt wegen der Systemkonkurrenz mit dem Sozialismus. Ihrerseits hatten die Theoretiker des Kapitalismus verstanden, dass die Zurückroll-Strategie des Westens gar keine greifbaren Resultate gezeigt hatten.

Entscheidend für die Mitwirkung der kapitalistischen Staaten am KSZE-Prozess dürfte aber ihre wirtschaftliche Stagnation gewesen sein. Nach einem langen Aufschwung seit dem Zweiten Weltkrieg stieg nun die Inflation stark an, während die Produktion stagnierte, weil keine zusätzlichen Abnehmer mehr gefunden werden konnten. Das war eine typische Überproduktionskrise des Kapitalismus. Entsprechend verlangten die Unternehmen nach einer Ausweitung der Märkte. Die sozialistischen Staaten waren wegen der ungleichmässigen Entwicklung ihrer Produktion, wegen gewisser Defizite ihrer Industrie und wegen des Vorhandenseins zahlreicher Rohstoffe immer stärker an internationalem Handel interessiert, ebenso an der Entwicklung des Tourismus.

Die drei Körbe der KSZE

Die KSZE-Schlussklärung hat drei Teile. Diese werden als «Körbe» bezeichnet. Korb 1 enthält «die Prinzipien, die die Beziehungen der Teilnehmerstaaten leiten». Das sind u.a. die souveräne Gleichheit, die territoriale Integrität, die friedliche Regelung von Streitfällen, die Nichteinmischung in innere Angelegenheiten, die Achtung der Menschenrechte und Freiheiten, die Gleichberechtigung und das Selbstbestimmungsrecht der Völker, die Zusammenarbeit zwischen den Staaten und die Erfüllung völkerrechtlicher Verpflichtungen.

Korb 2 enthält «vertrauensbildende Massnahmen und bestimmte Aspekte der Sicherheit und Abrüstung», namentlich die vorherige Ankündigung von grösseren militärischen Manövern, Zusammenarbeit in den Bereichen der Wirtschaft, der Wissenschaft und der Technik sowie der Umwelt, Handel, industrielle Kooperation, Entwicklung des Verkehrswesens, Förderung des Tourismus, wirtschaftliche und soziale Aspekte der Wanderarbeit, Ausbildung von Fachkräften u.a.m. Korb 3 beschreibt die «Zusammenarbeit in humanitären und anderen Bereichen», beispielsweise menschliche Kontakte, Information, Zusammenarbeit und Austausch im

Bereich der Kultur und im Bereich der Bildung. Sämtliche Originaldokumente können auf Deutsch im Heft 8/75 der «Blätter für deutsche und internationale Politik» des Pahl-Rugenstein Verlages Köln nachgelesen werden.

Die Lehren aus der KSZE-Vereinbarung

Heute sind es nicht mehr die produzierenden Betriebe, sondern die Fonds und Banken und mit ihnen die Rüstungsindustrie, die in der Wirtschaft und in den Regierungen eine entscheidende Rolle spielen. Die Rüstungsindustrie zeichnet sich durch besonders hohe Gewinnraten aus. Pensionskassen, die private Altersvorsorge und viele Aktionäre, die vor allem in den USA einen Teil ihres Lebensunterhaltes mit Dividenden bestreiten wollen, sind in dieses System verwickelt. Symbol ist der neue deutsche Kanzler Friedrich Merz – aufgrund seiner Verbindungen auch Blackrock-Kanzler genannt. Die

Staaten verschulden sich nun immer stärker, um die Aufrüstung zu finanzieren, während bei Bildung, ziviler Infrastruktur und im Gesundheitswesen abgebaut wird. Diese Rüstungs- und Abbauspirale zeigt die gegenwärtigen Widersprüche des kapitalistischen Systems.

Wir alle haben keine andere Option, als den Rüstungsunsinn zu korrigieren. Es ist absurd, reale Werte zu zerstören, Handelsströme zu blockieren, Grenzen zu schliessen und Rüstungsgüter zu exportieren, die letztlich gar nicht bezahlt werden können. Gerade Deutschland mit seiner missglückten Energiepolitik – die auch ökologisch widersinnig ist – oder Finnland und die baltischen Staaten, die den Handel mit ihrem unmittelbaren Nachbarn Russland abrupt unterbrochen haben, beweisen, dass Derartiges nur zu wirtschaftlichem Niedergang führt. Die KSZE zeigt dagegen, dass Kooperation mit den Nachbarn und Abrüstung die Wahl der Vernunft ist.

Le déserteur

Von Boris Vian

*Verehrter Präsident,
vielleicht seid Ihr in Eile,
doch leset diese Zeile,
mit der mein Brief beginnt.
Mir werden da gebracht
die Militärpapiere,
dass in den Krieg marschiere
ich noch vor Mittwoch Nacht.*

*Herr Präsident, ich bin
gewiss nicht Mensch geworden,
um Menschen zu ermorden,
das macht doch keinen Sinn.
Ich will nicht provozier'n,
wenn ich Euch offen sage:
Der Krieg kommt nicht in Frage,
ich werde desertier'n!*

*All' meine Brüder sind
gerannt in ihr Verderben,
ich sah den Vater sterben,
es weinte auch mein Kind.
Meine Mutter trug so schwer,
sie ist von ihren Sorgen
im Krieg verrückt geworden,
nun leidet sie nicht mehr.*

*Als ich gefangen war
sind sie ins Haus gekommen
und haben mir genommen,
die meine Liebe war.
Früh, wenn die Hähne kräh'n
will ich mein Bündel schnüren,*

*ein neues Leben führen
und auf die Strasse geh'n.*

*Dann zieh' ich ohne Ruh'
vom Norden in den Osten,
vom Süden in den Westen
und schrei' den Leuten zu:
Verweigert den Befehl,
kämpft nicht in ihren Kriegen,
glaubt niemals ihren Lügen,
der Frieden wär' ihr Ziel!*

*Ihr schwört im Parlament,
man müsse Blut vergiessen,
so lasset eures fliessen,
verehrter Präsident!
Jagt Ihr die Polizei
mir nach, so lasst sie grüssen,
sie könne auf mich schiessen,
weil ich gefährlich sei!*

Boris Vian schrieb das Lied «Le déserteur» 1954 während des französischen Indochinakrieges. Das Lied durfte in Frankreich bis zum Ende des Algerienkrieges 1962 nicht im Radio gesendet werden. Es wurde von unzähligen Interpret:innen gesungen, u.a. von Joan Baez (Französisch), von Dieter Süverkrüp und Hannes Wader. Diese deutsche Version ist eine Nachdichtung von Leobald Loewe.

Buchtipps

**Susann Witt-Stahl (Hg.):
Der Bandera-Komplex.
Der ukrainische Faschismus –
Geschichte, Funktion, Netzwerke.
350 Seiten, Verlag 8. Mai**

Das Buch «Der Bandera-Komplex. Der ukrainische Faschismus – Geschichte, Funktion, Netzwerke» erschien Anfangs 2025 in der dritten, aktualisierten Auflage. Die sorgfältig recherchierte Text- und Interviewsammlung kann zu Recht als Standardwerk über den Faschismus in der Ukraine bezeichnet werden. Ohne die Kenntnis der Geschichte und die Funktion der ukrainischen Faschisten kann der Proxy-Krieg zwischen der Ukraine beziehungsweise der NATO und Russland nicht verstanden werden.

Für Medienschaffende sollte das Buch gar Pflichtlektüre werden. Ausser der Herausgeberin Susann Witt-Stahl (Zeitung «junge Welt» und Zeitschrift «Melodie & Rhythmus») schreiben weitere ausgewiesene Kenner der Materie zum Thema: Moss Robeson, Russ Bellant, Oleg Jasinskij, Jürgen Lloyd und Arnold Schölzel. Viele Texte des Buches sind schon zwischen 2022 und 2025 in der linken Tageszeitung «junge Welt» veröffentlicht worden.

Der Vorteil des Buches ist eine klare, umfassende und stringente Übersicht nicht nur über die Erscheinungen, sondern auch über das Wesen und die Funktion der ukrainischen Faschisten im internationalen Zusammenhang seit den zwanziger Jahren des letzten Jahrhunderts. Die Autorin und die Autoren kritisieren zu Recht den oberflächlichen Faschismusbegriff einiger antifaschistischer Bewegungen, die den Zusammenhang und



die Aufgabenteilung der ukrainischen Faschisten mit dem internationalen Monopolkapital und der NATO-Kriegspolitik ausblenden.

Wenn man über die Ukraine-Berichterstattung spricht, muss auch darauf hingewiesen werden, dass vor dem Maidan-Putsch in Kiew 2014 und teilweise noch bis zum Kriegsausbruch 2022 in westlichen Medien immer wieder Recherchen über einzelne ukrainische Faschisten wie Bandera und Schuchewytsch erschienen, während heute der Ukrofaschismus von allen Mainstream-Medien bagatellisiert wird. Absurde Argumente dieser Fake-News («weil nicht sein kann, was nicht sein darf») sind zum Beispiel: «Die Faschisten haben keinen Einfluss, weil sie nicht im Parlament und in der Regierung vertreten sind», «Selenski ist selbst Jude», «in Russland gibt es auch Faschisten» usw. Genau diese Rechtfertigungstaktiken widerlegt das Buch. (Ueli Schlegel)

Bestellungen bei der Buchhandlung
Waser, Rümelinsplatz 17, 4001 Basel
Telefon: 061 261 02 89,
Mail: buecher-waser@bluewin.ch

Friedensgipfel der Völker in Jerusalem

«Es gibt einen anderen Weg»

Anfang Mai fand in Jerusalem ein grosser Friedensgipfel statt, an dem verschiedene jüdische und arabische Friedens- und Gemeinschaftsinitiativen zusammenkamen und sich vereint gegen Krieg und Völkermord aussprachen. Die Mitorganisatorin Nivine Sandouka, eine palästinensische Menschenrechtsaktivistin, berichtet aus ihrem Leben und vom Friedensprozess in Palästina/Israel.

Von Nivine Sandouka

Ich wurde während des ersten Aufstands in den 1980er Jahren geboren. Mein Grossvater war der Mukhtar, also die Person, die die Probleme in unserer Gemeinschaft löste. Damals war es für Frauen schwierig, zu studieren und beispielsweise Ärztin oder Lehrerin zu werden und doch waren meine Mutter, meine Tanten und alle Frauen in meinem Umfeld gebildet und sehr engagiert. Eine für übliche Verhältnisse sehr gebildete Familie also. Doch ich habe keine glücklichen Erinnerungen an meine Kindheit. Ich erinnere mich noch daran, wie israelische Soldaten unsere Schule stürmten und wir kleinen Mädchen uns alle unter unseren Tischen versteckten. Selbst das Zeichnen der palästinensischen Flagge war verboten, also versteckten wir sie zwischen den Seiten unserer Schulbücher. Eine Situation, die der heutigen sehr ähnlich ist: Gewalt überall.

Dann passierte etwas Wichtiges: das Oslo-Abkommen, der erste Hoffnungsschimmer für meine Generation. Es war ein unvergesslicher Moment für jeden Palästinenser und Israeli, der miterlebte, wie sich die Führer der beiden verfeindeten Seiten trafen, sich die Hände reichten, die Waffen niederlegten und das Friedensabkommen unterzeichneten.

Dieselben Strassen, auf denen wir gekämpft hatten, waren nun voller Menschen, die sich freuten, Unterhaltungen führten, Süßigkeiten, Lebensmittel und Blumen austauschten – sogar mit den Israelis. Der Frieden war die Hauptnachricht in den israelischen Fernsehkanälen und in dieser Zeit beschloss ich, Hebräisch zu lernen. Es gab Besuche in Eilat und Tel Aviv, Orte, die normalerweise wegen des Konflikts nicht zugänglich waren. Sogar das Westjordan-

land war plötzlich ein sicherer Ort geworden. Ramallah, Bethlehem, dann Nablus und Jericho – alles war anders, sogar die palästinensische Polizei. Das war eine Bestätigung unserer Existenz und eine Anerkennung unserer Identität.

Checkpoints überall

Das war ein entscheidender Moment, der meine Persönlichkeit und meine heutige Arbeit massgeblich geprägt hat. Leider waren die Vereinbarungen, wie sich zeigte, nicht von Dauer. Bald darauf kam es wieder zu Selbstmordattentaten, die in der Ermordung von Yitzhak Rabin durch israelische nationalistische Extremisten gipfelten – dieselben Leute, die heute an der Macht sind. Dann kam der Bau der Mauer, was Apartheid und die Beschlagnahme von noch mehr Land bedeutete, sowie die Ausweitung der Siedlungen. Die zweite Intifada war in vollem Gange.

Zu dieser Zeit studierte ich an der Universität Bethlehem. Für die gleiche Strecke, für die ich normalerweise 30 Minuten benötigte, brauchte ich plötzlich zwei oder drei Stunden, denn überall gab es Checkpoints und israelische Soldaten überprüften jedes einzelne Auto. Sie verlangten einen Ausweis, bevor sie die Einfahrt in die Stadt erlaubten. Ich erinnere mich besonders an einen von ihnen, vielleicht einen General, der ein Foto eines jungen Mannes um den Hals trug. Auf meinen fragenden Blick hin



Nivine Sandouka mit dem Schild «Frieden ist nur möglich, wenn er vom Volk gefordert wird». Quelle: zVg.

sagte er: «Er ist mein Sohn, der bei einem Selbstmordattentat ums Leben gekommen ist», während seine Waffe auf mich gerichtet war.

In diesem Moment wurde mir schlagartig bewusst: Wir müssen einen Weg finden, diese Spirale der Gewalt zu durchbrechen. In den folgenden Jahren arbeitete ich in verschiedenen Entwicklungsorganisationen, vor allem im Westjordanland und in Gaza. Mit der Zeit kam ich zu dem Entschluss, dass es selbst dann nicht besser wird, wenn man die besten Voraussetzungen für das Zusammen-

leben bereitstellt, den bestmöglichen Weg für die Zukunft aufzeigt und all seine Zeit, Energie und Dollars investiert, damit die palästinensische Gesellschaft einen Schritt nach vorne machen kann. All das würde nicht funktionieren, weil die Besatzung mit ihren Checkpoints an jeder Ecke jeden Schritt nach vorne blockiert. Egal, wie sehr man sich bemüht, die politische Situation zu verbessern, sie wird dieselbe bleiben. Um diesen Teufelskreis zu durchbrechen, muss die Besatzung ein Ende haben und das geht nur, wenn sich auf politischer Ebene etwas ändert.

Gastbeitrag zum Tod von Papst Franziskus

Gegen die Herren des Krieges

Verschiedentlich haben wir das friedens- und sozialpolitische Engagement von Papst Franziskus in der UW gewürdigt und bei zwei Gelegenheiten auch Texte von ihm in unsere Zeitung aufgenommen: Seine Ansprache am Treffen mit den Sozialen Bewegungen vom 28. Oktober 2014 und seine Botschaft vom 24. November 2019 gegen die Atomwaffen. Der katholische Theologe und Journalist Simon Spengler erinnert in seinem Gastbeitrag für die UW an einige prägnante Äusserungen des verstorbenen Papstes zu Krieg und Frieden.

Von Simon Spengler

Papst Franziskus verabschiedete sich am Ostersonntag von der Welt mit einer eindrücklichen Friedensbotschaft. Zwar hatte er nicht mehr die Kraft, sie selbst vorzutragen, er liess sie von seinem Zeremonienmeister verlesen. Am Schluss hauchte er mit letzter Kraft noch ein letztes Mal den Segen «Urbi et Orbi», bevor er in der kommenden Nacht starb.

«Solidarität stärken»

So schwach Franziskus am Ende war, so klar und stark seine letzte Botschaft, die sein ganzes Pontifikat während 12 Jahren durchzog: «Es kann keinen Frieden geben ohne echte Abrüstung! Der Anspruch eines jeden Volkes, für seine eigene Verteidigung zu sorgen, darf nicht zu einem allgemeinen Wettrüsten führen. Das Osterlicht (...) spornet uns an, füreinander zu sorgen, die gegenseitige Solidarität zu stärken und uns für eine ganzheit-

liche Entwicklung aller Menschen einzusetzen.»

Er scheute sich einmal mehr nicht, die Konflikte rund um den Globus klar zu benennen, wobei er zuallererst auf den Nahen Osten zu sprechen kam. Er sprach vom «Leiden des israelischen und des palästinensischen Volks» und geisselte den Krieg in Gaza. Dass der Papst überhaupt den Begriff des «palästinensischen Volks» in den Mund nahm, wurde von Kommentatoren schon kritisiert. Westliche Politiker versuchen eher, das zu umgehen, denn der Antisemitismus-Vorwurf folgt auf der Stelle. Auch Franziskus bekam das mehrfach zu hören, scherte sich aber nicht darum. Er störte sich bei seinem Besuch auch nicht am Palästinensertuch, in das das Jesuskind in der letztjährigen Weihnachtskrippe auf dem Petersplatz eingewickelt war. Der Sturm des Protests kam sofort. Wenige Tage später war das Tuch

verschwunden, die alte Ordnung hatte sich wieder durchgesetzt, leider auch in der Vatikan-Verwaltung.

Aufschrei der Kriegstreiber

Ähnlich unabhängig stellte er sich zum Krieg in der Ukraine. Etliche Staatschefs des Westens forderten ihn ultimativ auf, sofort nach Kiew zu reisen, um so ein klares Statement abzugeben, was die Seite der Guten sei. Franziskus blieb im Vatikan und liess den Herren der NATO in einem Interview wissen: «Der Papst ist nicht der Militärkaplan des Westens.»

Bereits vorher hatte er gegenüber Medien erklärt, das «Bellen der NATO vor Russlands Tür» hätte möglicherweise den Krieg provoziert. Der Aufschrei der politischen und medialen Kriegstreiber war gewaltig. Nur noch übertroffen von der Wut, die Franziskus nach seiner Aussage in seiner ersten Enzyklika entgegenschlug, als der den Kapitalismus als «Wirtschaft, die tötet» gebrandmarkt hatte. Zwei Ungeheuerlichkeiten in den Ohren unserer Politiker-Kaste, die sich nach seinem Tod scheinheilig um seinen Sarg versammelte.

Eindeutig auch Franziskus' Verurteilung von Atomwaffen. Nicht nur der Einsatz, schon der Besitz sei moralisch nie zu rechtfertigen, davon

war Franziskus überzeugt. Zuletzt brachte er das 2019 in Hiroshima zum Ausdruck und fügte noch hinzu: «Wenn wir tatsächlich eine gerechtere und sicherere Gesellschaft aufbauen wollen, müssen wir die Waffen aus unseren Händen legen.»

Was löst Gewalt?

Zum hundertsten Jahrestag des Beginns des Ersten Weltkrieges konstatierte Franziskus heute einen «Weltkrieg auf Raten». Auch damit stiess er die Mächtigen dieser Welt vor den Kopf. Trotzdem wurde er nicht müde, immer neu zu wiederholen, dass wir uns bereits in einem dritten Weltkrieg befinden. So etwa in seiner Neujahrsbotschaft 2017: «Das vergangene Jahrhundert ist von zwei mörderischen Weltkriegen verwüstet worden und hat die Bedrohung eines Atomkriegs sowie eine grosse Anzahl weiterer Konflikte erlebt, während wir es heute leider mit einem schrecklichen «stückweisen» Weltkrieg zu tun haben. Es ist nicht leicht zu erkennen, ob die Welt heute mehr oder weniger gewaltsam ist als gestern und ob die modernen Kommunikationsmittel (...) uns die Gewalt bewusster machen oder ob sie uns mehr an sie gewöhnen.» Er erinnert dann an das Leid so vieler Menschen, die direkt oder indirekt Opfer von Kriegen wurden und werden. Und dann fragt er: «Wozu das alles? Erlaubt die Gewalt, Ziele von dauerhaftem Wert zu erreichen? Löst nicht alles, was sie erlangt, letztlich nur Vergeltungsmassnahmen und Spiralen tödlicher Konflikte aus, die allein für einige wenige «Herren des Krieges» von Vorteil sind?»

Franziskus war kein Heiliger, auch er hatte eine problematische Seite. Etwa, als er einmal Abtreibung mit Auftragsmord gleichsetzte. Trotzdem: In den zentralen Fragen von Frieden und Gerechtigkeit hat er mutig den Protagonisten von Kapital, Militär, geistiger Aufrüstung – «den Herren des Krieges» – die Stirn geboten. Tragisch nur, dass nicht nur Politiker sich die Ohren zuhielten, sondern auch viele Bischöfe und brave Christenmenschen.

Simon Spengler, 62, arbeitet im Kommunikationsbereich der Katholischen Kirche des Kantons Zürich.

Bedürfnis nach Sicherheit

Ich glaube, es war 2015, als ich beschloss, in die Politik zu gehen, obwohl ich eine Frau bin. In diesem Teil der Welt wird es nicht gut aufgenommen, wenn sich Frauen in der Politik engagieren. Denn um sich Gehör zu verschaffen, muss man viel Zeit ausser Haus verbringen, was bedeutet, dass man die traditionelle Rolle der Frau infrage stellt. Eine weitere Hürde ist, dass ich aus Jerusalem komme. Das bedeutet, dass ich zwar einen Wohnsitz in Israel habe, aber nicht die Staatsbürgerschaft. Als palästinensische politische Aktivistin riskiere ich, meinen Wohnsitz zu verlieren oder ins Gefängnis zu kommen.

Der einzige Bereich, in dem ich etwas bewirken kann, ist die Zivilgesellschaft. Indem ich mich dem «Friedenslager» anschliesse, kann ich mich mit der «anderen Seite» auseinandersetzen und mir eine gemeinsame Zukunft unserer Völker vorstellen. Auf diese Weise konnte ich die Israelis besser verstehen, deren Bestrebungen oft unseren eigenen Hoffnungen als Palästinenser gleichen: das Bedürfnis nach Sicherheit auf beiden Seiten des Konflikts sowie nach Anerkennung und Selbstbestimmung für alle.

Ich habe bei verschiedenen Organisationen gearbeitet, bis ich vor drei Jahren in den Vorstand der Alliance for Middle East Peace (ALLMEP) eintrat, wo ich jetzt Regionaldirektorin bin. ALLMEP ist ein Bündnis von 170 Organisationen, die für den Ausdruck der Zivilgesellschaft stehen und sich dem Ziel der «Friedenskonsolidierung» verschrieben haben. Sie mögen unterschiedliche Ansätze und Bekanntheit haben – einige arbeiten in der Lobbyarbeit, andere an der Basis, viele mit gemeinsamen israelisch-palästinensischen Verbindungen – aber sie sind alle mit dem gleichen Ziel vereint. Es ermöglicht uns, die Stimmen, Praktiken und Errungenschaften all dieser Organisationen, die so oft ignoriert werden, zu verstärken. Und ich bin der festen Überzeugung, dass all dies die grösstmögliche Unterstützung durch die internationale Gemeinschaft verdient.

Schritte zum Frieden

Seit dem 7. Oktober sprechen wir ununterbrochen mit den Medien, um

Fortsetzung Seite 5



Papst Franziskus während seiner Reise nach Hiroshima und Nagasaki im November 2019. Quelle: japan-forward.com

Palästinensische Literatur

Pulitzer-Preis für einen Dichter

Der Palästinenser Mosab Abu Toha aus dem Gazastreifen wurde mit dem renommierten US-Medienpreis ausgezeichnet. Die Jury lobte seine «tiefgründige Berichterstattung mit der Intimität von Memoiren». Bemerkenswert ist auch seine Präsenz in den Sozialen Medien, wo er regelmässig Nachrichten, Bilder und Videos über den Krieg in Gaza veröffentlicht und den Menschen vor Ort eine Stimme und ein Gesicht gibt.

Von Gabriela Neuhaus

Neulich poppte eine unerwartete Meldung auf meinem Facebook-Account auf: Der Pulitzer-Preisträger 2025 in der Sparte «Commentary» heisst Mosab Abu Toha! Für einmal konnte der Poet aus Gaza, der vor eineinhalb Jahren mit seiner Familie in die USA geflüchtet ist, eine positive Nachricht teilen. Er tat dies mit einem Link zu einem Artikel im «Guardian», und dem Kommentar: «Ich fühle mich geehrt, heute den Pulitzer-Preis zu erhalten. Ich widme diesen Erfolg meiner Familie, meinen Freunden, Lehrern und Studenten in Gaza. Ich bete für einen sofortigen, dauerhaften Waffenstillstand und Gerechtigkeit.»

Mosab Abu Toha ist 32 Jahre alt, wurde in Gaza geboren. Der Sohn eines Lehrers begeisterte sich schon früh für die englische Sprache und gründete als Student in seiner Heimatstadt Beit Lahia die Edward-Said-Bibliothek – die einzige englische Bibliothek in Gaza, eine wichtig Kulturinstitution. Für seine Lyrik wurde Mosab Abu Toha 2022 bereits mit dem Palestine Book Award und 2023 mit dem American Book Award ausgezeichnet.

Traumatische Flucht

Im Oktober 2023 zerstörten israelische Bomben das Haus, wo Mosab Abu Toha mit seiner Frau und den drei kleinen Kindern lebte und wo seine Bibliothek untergebracht war. Die Familie fand Zuflucht in einer

Notunterkunft, mit Tausenden anderen Menschen – krank und ständig in Angst vor den nächsten Angriffen...

Im Gegensatz zum Rest seiner Familie und vieler seiner Freunde, Kollegen und Studenten konnte Mosab Abu Toha der Gaza-Hölle entkommen. Der amerikanische Pass seines vierjährigen Sohns, der in den USA geboren wurde, als sein Vater an der Syracuse University sein Masterstudium absolvierte, ermöglichte der Familie die Ausreise, zuerst nach Ägypten und bald darauf in die USA.

Die Flucht war traumatisch – genauso wie das Zurücklassen von Angehörigen und Freundeskreis. Das ist aus jedem Wort, jeder Zeile, die Mosab Abu Toha seither geschrieben hat, zu spüren. Er publizierte in der Folge nicht nur einen weiteren Gedichtband über das Leben in Gaza und seine Erinnerungen, sondern schrieb auch verschiedene Essays, die in der Zeitschrift «The New Yorker» publiziert wurden. Dafür erhielt der palästinensische Autor nun den Pulitzer Preis, ein US-amerikanischer Medienpreis für herausragende journalistische, literarische und musikalische Beiträge.

Gut vernetzt

Ich habe Mosab Abu Toha auf ganz anderen Wegen kennen gelernt: Auf der Suche nach glaubwürdigen und zuverlässigen Quellen stiess ich unverhofft auf seine Posts, die fast stündlich über den Krieg in Gaza berichten.



Mosab Abu Toha musste aus Gaza fliehen. Quelle: zVg.

Es sind keine schönen Geschichten. Ein Horror folgt auf den andern. Mosab ist gut vernetzt in Gaza, und erhält laufend Nachrichten, Bilder und Videos vom Geschehen vor Ort. Unermüdlich reicht er weiter, was man ihm mitteilt und rapportiert über Bomben, die Häuser zerstören, Zelte zerfetzen, schlafende Familien töten, Kinder in Krankenhäusern oder Retter in Aktion massakrieren...

Mosab Abu Toha berichtete auch über das Verschwinden der Ambulanzen und die inzwischen nicht mehr zu leugnende Ermordung von 15 Sanitätern, Tage bevor die ersten Medien und später die UNO über dieses Kriegsverbrechen informierten. Alles, was er damals rapportiert hat, wurde später durch die Untersuchungen der OCHA und das Auftauchen eines Videos erhärtet.

Ein Hilferuf an die Welt

Es sind immer wieder auch sehr persönliche Geschichten, die er über Facebook weiterreicht: Freunde, Studienkollegen, ums Leben gebracht von israelischen Bomben und Granaten. Mosab Abu Toha erzählt von seinen Bekannten, postet Fotos aus Studienzeiten zusammen mit dem letzten Bild der Getöteten... Sein Schmerz mischt sich mit Wut und dem verzweifelten Aufschrei, diesem Morden ein Ende zu setzen. Tag für Tag.

der kollektiven Heilung für viele von uns – Israelis und Palästinenser –, in dem wir uns nicht nur mit unseren gemeinsamen Erzählungen auseinandersetzen, sondern auch alle möglichen mutigen Schritte in Richtung Frieden vorstellen konnten. Es war ein prächtiges Ereignis, reichhaltig und bedeutsam durch die Anwesenheit von Schriftstellern, Politikern, Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens sowie Frauen und Männern jeden Alters, Arabern, Israelis und Palästinensern – so viele von uns waren dabei!

Für eine bessere Zukunft

Die Hauptbotschaft, die sich vor allem, aber nicht nur an die israelische Öffentlichkeit richtet, lautet: Es gibt einen anderen Weg, und es ist Zeit. Es ist an der Zeit, den Krieg zu beenden – nicht nur, indem wir die Geiseln nach Hause bringen, sondern auch, indem wir uns für einen anderen politischen Horizont und ernsthafte, langfristige Verhandlungen öffnen. Denn wir alle verdienen eine bessere Zukunft, als wir sie derzeit haben, in der wir alle traumatisiert und als menschliche Wesen zutiefst verwundet sind. Es wird also ein wirklich aussergewöhnliches Gipfeltreffen sein, bei dem die verschiedenen Vorschläge aus der Zivilgesellschaft auf politischer Ebene und vor einem möglichst breiten Publikum aus Israelis und Palästinensern erörtert werden. Als Palästinenser und Israelis werden wir zeigen, dass wir auf diesem Weg zum Frieden vereint sein können.

Quelle: *Presenza*, Kürzung: *UW*.

Der Poet stellt sich mit all seiner Kraft in den Dienst der Menschen vor Ort. Er gibt ihnen eine Stimme und ein Gesicht, nennt ihre Namen. Es ist ein Hilferuf an die Welt, die teilnahmslos ihrem Alltag nachgeht. Die Bilder des Schreckens sind für die meisten nicht auszuhalten, man will sie nicht sehen, man will nichts mehr hören von diesem Grauen. Abschalten, verdrängen, menschliches Mitgefühl und Anteilnahme zum Selbstschutz abblocken. Mosab schreibt und postet dagegen an.

Nicht kleinzukriegen

Seine Aktivitäten in den Sozialen Medien sind allerdings nicht überall gern gesehen. Zwar hat er als Gastprofessor an der Syracuse University in den USA Zuflucht gefunden. Doch er fühlt sich aufgrund massiver Bedrohungen nicht sicher und hat im letzten Monat eine Reihe von Veranstaltungen abgesagt. Eine kluge Vorsichtsmassnahme, angesichts der Trumpschen Politik gegen palästinensische Menschen in den USA und der Aktivitäten von israelischen rechten Extremisten.

Auch in den Sozialen Medien gibt es Druckversuche, um den unbequemen Mosab zum Schweigen zu bringen. Auf Facebook fehlten vor ein paar Tagen plötzlich die sonst so regelmässig erscheinenden Nachrichten aus Gaza. Die Suche nach seinem Account mit über 67000 Followern endete mit der Message: «Diese Seite ist momentan nicht verfügbar». Auch seine Posts, die ich in meinem Feed geteilt hatte, waren einfach verschwunden – wie von Geisterhand.

Doch Mosab Abu Toha ist nicht so schnell kleinzukriegen: Er verbreitet seine Messages auch über andere Kanäle wie X, Instagram – und wusste

sich beim Meta-Konzern, der Facebook betreibt, zu wehren. Plötzlich waren er und seine Posts auch auf Facebook wieder da. Und dann – kurz nachdem er seinen Post über den Pulitzer-Preis abgesetzt hatte – wiederum: «Diese Seite ist momentan nicht verfügbar».

Gegen das Wegschauen

Wer hat ein Interesse, Zeugen wie Mosab von der Bildfläche verschwinden zu lassen? Mossad kontra Mosab? Ein Unterfangen, das in Zeiten von Internet und Social Media zum Glück schwieriger geworden ist. Nach ein paar Stunden war Mosab Abu Toha wieder online – Andy Stone, der Kommunikationschef von Meta postete kleinlaut, das Ganze sei «ein Missverständnis» gewesen.

Und Mosab verbreitet wieder «Breaking News» – über einen neuerlichen israelischen Raketenangriff auf einen Evakuationsort in einer Schule im Bureij-Lager im Süden Gazas – mindestens neun Menschen wurden getötet, 50 verwundet – Filmaufnahmen belegen das Gemetzel. Hundertfach die Kommentare aus aller Welt: Wann, wann endlich hört dieses Morden auf?

Nach Aussagen der israelischen Regierung erst, wenn die Restbevölkerung des Gazastreifens getötet oder deportiert ist. From the River to the Sea: ein palästinenserfreies Palästina, Israels gelobtes und verbranntes Land...

Dagegen kämpfen Mosab Abu Toha und seine Freund:innen weiter an – mit Worten, Bildern und Filmen gegen die israelische Besatzungsarmee und deren Komplizen im Westen – und gegen das betretene Wegschauen der Welt.

Fortsetzung von Seite 4

einen Waffenstillstand und die Freilassung der Geiseln zu fordern, zum Schutz der Zivilisten aufzurufen und die internationale Gemeinschaft zu bitten, einen Prozess zu fördern, der zu einer politischen Lösung beitragen kann. Eine Lösung, zu der unsere Führer offensichtlich nicht in der Lage sind, obwohl es so viele hervorragende Vorschläge aus der Zivilgesellschaft gibt: von der Kampagne «Land für alle» über das konföderale Modell bis hin zum «klassischen» Zwei-Staaten-Vorschlag. All diese Vorschläge erfordern die Einbeziehung und Beteiligung der Zivilgesellschaft, und genau das versuchen wir zu verstärken. Wir hoffen auf Erfolge in der Zukunft. Auf jeden Fall

brauchen wir mehr konkrete Massnahmen der internationalen Gemeinschaft in diese Richtung. Denken Sie nur an das Geld, das in all die Waffen, Kriegsflugzeuge und Bomben investiert wurde, die auf Gaza abgeworfen wurden – verglichen mit dem Geld, das in Projekte der Entwicklung und Versöhnung hätte investiert werden können. Frieden ist immer günstiger als Krieg.

All diese Themen werden während des zweitägigen «Friedensgipfels der Völker» am 8. und 9. Mai in Jerusalem diskutiert. Diese Veranstaltung stellt eine Weiterentwicklung des vorangegangenen Gipfels vom 1. Juli in Tel Aviv dar, der mich als Frau und Palästinenserin mit Hoffnung erfüllt hat. Es war ein emotionaler Moment



Friedensgipfel in Jerusalem. Quelle: zVg.

Buchtipps

Jacques Baud:
Die Niederlage des Siegers. Der Hamas-Angriff – Hintergründe und Folgen.
488 Seiten, Fr. 43.50

Was geschah am 7. Oktober genau auf dem Schlachtfeld? Warum konnte die Operation «Al-Aqsa Sintflut» überhaupt stattfinden und welche Ziele verfolgte die Hamas? Welche Lehren lassen sich aus den Operationen ziehen, die beide Seiten in den letzten Monaten durchgeführt haben? Um diese und viele andere Fragen zu beantworten, analysiert Jacques Baud den israelisch-palästinensischen Konflikt angefangen bei seinen Ursprüngen. Warum bis heute keine Lösung gefunden wurde und welche Auswirkungen dieser Konflikt auf unsere Sicherheit haben kann, wird in diesem Buch detailliert dargestellt und analysiert. Auch mögliche Lösungsoptionen für die Zukunft von Israel und Palästina werden aufgezeigt. Der Schweizer Ex-Geheimdienstler Jacques Baud blickt unvoreingenommen auf den Konflikt, liefert eine weitsichtige Analyse und plädiert für eine faktenbasierte Sicht auf die Lage sowie für eine aufrichtige Vermittlung.



Jacques Baud arbeitete als für die Ostblockstaaten und den Warschauer Pakt zuständiger Analyst für den Schweizer Strategischen Nachrichtendienst und leitete die Doktrin für friedenserhaltende Operationen der Vereinten Nationen in New York. Dort war er zuständig für die Bekämpfung der Proliferation von Kleinwaffen bei der NATO und beteiligt an den NATO-Missionen in der Ukraine.

Bestellungen bei der Buchhandlung Waser, Rümelinplatz 17, 4001 Basel
Telefon: 061 261 02 89,
Mail: buecher-waser@bluewin.ch

Unglaubliche Geschichten aus Leutschenbach

Nichts ohne Wiesbaden

Nie wieder Krieg von deutschem Boden aus – oder doch nicht? Ende März publizierte die New York Times einen brisanten Artikel zum Ukrainekrieg. Die hiesigen Medien übersehen dessen Sprengkraft!

Von Alva Noi

Der Artikel in der New York Times (NYT) vom 29. März 2025 hat es in sich. Er fasst eine grosse Recherche aus über 300 Gesprächen mit Vertretern von Regierungen, Militärs und Geheimdiensten zusammen. Der Autor Adam Entous informierte sich in den USA, der Ukraine, Grossbritannien, Deutschland, Polen, Belgien, der Türkei und den drei Baltischen Staaten. Er kommt zu einem vernichtenden Urteil: Von deutschem Boden aus wird der Einsatz der Ukrainer im Krieg gegen die Russen und auch die Zielerfassung im russischen Kernland koordiniert. Und das soll in Deutschland tatsächlich niemanden interessieren? Die Medien verkennen die Brisanz!



Blick auf den Hauptsitz von SRF in Zürich, Leutschenbach. Quelle: Wikimedia.

Zielerfassung in Wiesbaden

Um was geht es: Hitzig war die Debatte im Jahre 2022 über die Lieferung deutscher Waffen an die Ukraine. Zuerst ging es um 5000 Stahlhelme, die noch ausserhalb der Ukraine an die angegriffenen Einheiten der Ukraine übergeben werden sollten. Dann stritten sich die Parteien um Transportfahrzeuge für die gebeutelten Truppen bis hin zu Luftabwehraketen und Schützenpanzern. Die «Ertüchtigungshilfe» erreichte mit der Lieferung moderner Kampfpanzer des Typs Leopard 1 und 2, die politisch breit diskutiert wurde, einen ihrer Höhepunkte. Der Krieg musste mit allen Mitteln gewonnen werden, sogenannte «Game Changer» mussten her. Zusätzlich trainierten amerikanische Soldaten Ukrainer für den Einsatz an der Heimatfront – notabene auf deutschem Boden. Auch diese Form der «Ertüchtigung» schlug hohe mediale Wellen. Das Bild wurde verbreitet: Wir liefern nur Waffen und lassen auf unserem Boden trainieren. Nun zeigt jedoch die Recherche von Adam Entous in der New York Times: Die Hilfe ging und geht in Tat und Wahrheit noch viel weiter!

Kommandozentrum «Task Force Dragon»

Umgeben von Wald und Feldern liegt in Wiesbaden die «Lucius D. Clay»-Kaserne. In dieser Kaserne wird die Kriegsführung der Ukrainer in der «Task Force Dragon» seit Ausbruch des Krieges im Jahre 2022 durch die Amerikaner koordiniert. Verantwort-

lich sind die beiden hochrangigen Generäle Chris Donahue und Christopher Cavioli. Die NYT zitiert die beiden Generäle im Gespräch mit der ukrainischen Armeeführung: «Work with us, we will help you!» Doch wie sollten die Ukrainer den Amerikanern trauen? «Trust us, you will be happy!», doppelten die Generäle nach. Und so kam es, dass amerikanisches Militär über sich regelmässig wiederholende Eskalationsschritte bis heute viel weiter in den Konflikt eingreift, als bis jetzt von westlichen Politikern und Angehörigen der NATO je zugegeben wurde.

Brisante Enthüllung

Eines der Probleme der ukrainischen Kriegsführung ist der Einsatz der Artillerie und der Marschflugkörper. Die ukrainische Armee erhielt von den westlichen Verbündeten zwar Waffensysteme wie ATACMS- und HIMRAS-Raketen sowie moderne Artillerie. Um ihre Ziele zu treffen brauchen sie aber auch die dazugehörige Logistik. Und zu dieser Logistik gehören auch Geodaten für die Zielerfassung. Die Vermutung lag schon immer nahe, dass die Amerikaner nicht nur die Hardware, sondern auch die Software, die Aufklärung und die nötigen Daten liefern. Es geht um die Definition der Ziele und um die Zielerfassung.

Brisant werden mit der Recherche der New York Times nun aber zwei Dinge: Die umfassende Beteiligung der Amerikaner und somit von NATO-Soldaten am Krieg wird bestätigt. Hinzu kommt neu, dass die weitreichenden Waffensysteme nicht aus Amerika oder der Ukraine selbst gesteuert werden, sondern aus Deutschland. Konkret heisst dies: Amerikanische Soldaten in Wiesbaden helfen beim Töten russischer Soldaten. Aus Sicht der Russen ist dies ganz klar ein weiterer Eskalationsschritt, da aus Deutschland heraus der Einsatz der ukrainischen Waffen und ihrer Armee gesteuert werden. Die Ukrainer sind in der Folge nicht mehr eine autonome Armee, sondern die «Ausführenden» einer langen Befehlshierarchie in einem Stellvertreterkrieg. Diese Sicht wird durch den NYT-Artikel bestätigt und der Standort Wiesbaden zusätzlich als Zentrale der Planung definiert.

Einsatz taktischer Atomwaffen?

Der Artikel in der NYT zeigt aber noch mehr. Die Militärs auf amerikanischer Seite waren und sind sich des Risikos einer Eskalation des Krieges mit verheerenden Folgen für ganz Europa sehr wohl bewusst. In einem vom US-Geheimdienst abgefangenen Gespräch des russischen Kommandeurs für die Ukraine, General Sergej Surowikin, spricht dieser darüber, «etwas Verzweifeltes» zu tun. Aus dem Gespräch geht weiter hervor: Er meint den Einsatz taktischer Atomwaffen, um die Ukrainer an der Überquerung des Dnjepr zu hindern und so direkt auf die Krim vorstossen zu können. Bis zu diesem Zeitpunkt hatten US-Geheimdienste die Wahrscheinlichkeit eines Einsatzes russischer Atomwaffen «als sehr unwahrscheinlich» eingestuft. Nun jedoch erklärten sie, dass durch die Zusammenarbeit der NATO mit der ukrainischen Armee und den daraus resultierenden Erfolgen auf dem Schlachtfeld diese Wahrscheinlichkeit auf 50 Prozent steigen könnte. Dies dann, wenn die

russische Front im Süden zusammenbrechen sollte. Auch musste plötzlich ein russischer Angriff auf Wiesbaden diskutiert werden.

In Deutschland steht die Lieferung von Taurus Marschflugkörpern zur Debatte. Aufsehen erregte im April 2025 der amtierende Verteidigungsminister Boris Pistorius mit einer unverständlichen und in ihrer Bedeutung nie genauer erklärten Äusserung zu einer möglichen Lieferung an die Ukraine. Für die Lieferung von Taurus gäbe es zwar gute Argumente, meinte Pistorius gegenüber der Presse, es gäbe aber auch viele Argumente, gute Argumente dagegen. So weit so gut. Irritierend dann aber sein Zusatz: «Nur einen Teil

davon kann man aber öffentlich diskutieren.» Was er wohl damit meinte? Ging es um die Hochstufung des Risikos eines Einsatzes einer taktischen Atombombe der Russen? Ging es um den Angriff auf das Kommandozentrum in Wiesbaden? Also um eine Ausweitung des Krieges auf deutschen Boden?

Und wie reagiert die Presse?

Da nutzen also die Amerikaner ihre Kaserne in Wiesbaden für die Steuerung ihrer Marschflugkörper gegen russische Ziele in der Ukraine und neu auch gegen Ziele in Russland. Die NYT beschreibt nun in einer grossen Recherche, wie die Administration Biden die Zielerfassung auch für Ziele in Russland freigab und somit amerikanisches Militär in Deutschland für den Tod von Russen in Russland mitverantwortlich wird. Ein Medieninteres-

se über den Artikel gab es zwar, doch wird just dieser Teil weder diskutiert noch kommentiert.

Im SRF wird Militärexperte Marcel Hauri zur Bedeutung des Artikels befragt. Die Journalisten glänzen einmal mehr mit falschen Fragen und dem Auslassen von kritischen Nachfragen. In seinen Antworten plaudert Hauri über die erfolgreiche Zusammenarbeit, über die misstrauischen Ukrainer, die nicht blindlings umsetzen wollen, was die Amerikaner vorgeben usw. SRF berichtet, als gäbe es keine Probleme durch die Eskalation Seitens des Westens. Kein Satz über die erhöhte Gefahr taktischer Atomwaffen, kein Satz über eine mögliche Ausweitung des Krieges auf deutschen Boden. Als könnte die Vernunft der Russen einfach immer vorausgesetzt werden. Betreutes Denken: Ach, für wie dumm verkauft uns eigentlich Leutschenbach!



Friedensdemonstration in Berlin, 2023. Quelle: zVg.

Kampf für den Frieden

Warum ich Antimilitaristin bin

Wir erleben heute eine neue Welle von Krieg und Aufrüstung. Uns wird erzählt, es gehe um unsere Sicherheit, unsere Freiheit, unsere Demokratie. Doch das ist eine Lüge. Wir müssen gemeinsam Nein sagen zum Militarismus.

Von Özlem Alev Demirel

Egal wohin man schaut, man liest meist eine stark verkürzte Darstellung des Unterschieds zwischen Pazifismus und Antimilitarismus. Oft heisst es: Pazifisten lehnen Gewalt grundsätzlich ab, Antimilitaristen hingegen nicht unbedingt – sie würden zwar die Rolle des Militärs hinterfragen, aber im Zweifel für eine Landesverteidigung offen sein. Damit wird dem Pazifismus eine Radikalität unterstellt, die er historisch gar nicht besitzt. Denn Pazifismus lehnt in der Regel die Form des Krieges ab, nicht aber die gesellschaftlichen Verhältnisse, die zu Krieg führen – und bleibt damit meist im Rahmen des bürgerlichen Staates und seiner Logik.

Verschiedene Wurzeln

Der grundlegende Unterschied zwischen Pazifismus und Antimilitarismus liegt also nicht allein in der Haltung zu Gewalt, sondern in der politischen Verortung. Pazifismus ist historisch vor allem eine bürgerliche Bewegung, die zwar Krieg moralisch verurteilt, aber nicht notwendigerweise die strukturellen Bedingungen – insbesondere den bürgerlichen Staat, der zur Durchsetzung kapitalistischer Interessen existiert. Antimilitarismus hingegen hat seine Wurzeln in der sozialistischen Arbeiter:innenbewegung. Er erkennt, dass Militarismus nicht neutral ist, sondern ein Instrument des bürgerlichen Staates, um nach aussen imperialistische Expansion zu sichern und nach innen jede emanzipatorische Bewegung zu unterdrücken.

Antimilitarismus richtet sich nicht nur gegen das Militär als Institution, sondern gegen das gesellschaftliche System, das militärische Gewalt zur Aufrechterhaltung von Ausbeutung, Unterdrückung und kapitalistischer Herrschaft benötigt. Natürlich heisst das nicht, dass bewaffnete Strukturen grundsätzlich illegitim sind – auch in anderen Gesellschaftsformen kann es bewaffnete Verteidigung geben. Entscheidend ist: Wem dienen diese Strukturen – und was verteidigen sie?

Antimilitarismus lehnt daher nicht per se den bewaffneten Kampf ab. Er erkennt, dass es Situationen gibt, in denen Gewalt das letzte verbleibende Mittel ist, um Freiheit und Gerechtigkeit zu verteidigen. Ein Beispiel dafür ist der Widerstand gegen den Faschismus – ein System, das jegliche Opposition brutal vernichtet, Minderheiten verfolgt, Gewerkschaften zerschlägt, die Presse gleichschaltet und ganze Bevölkerungsgruppen auslöscht. Gegen solch einen Terror konnte und kann man sich nicht allein mit Worten wehren.

Mutiger Kampf

Ich selbst war nie Pazifistin. Mein Vater, ein Linker/Kommunist, war eines der vielen Opfer des Militärputsches in der Türkei. Er hat für seine Überzeugungen, für eine gerechtere Welt, Folter und Repression ertragen. Solche Menschen sind der Grund, warum es gesellschaftlichen Fortschritt überhaupt gibt. Fortschritt entsteht nicht

durch Passivität, sondern durch den mutigen, oft schmerzhaften Kampf für Gerechtigkeit, getragen von Menschen, die bereit sind, alles zu geben – wenn keine andere Möglichkeit mehr bleibt.

Was wir heute erleben, ist eine neue Welle von Militarismus, die tief in die Gesellschaft einsickert. Uns wird erzählt, es gehe um unsere Sicherheit, unsere Freiheit, unsere Demokratie. Doch das ist eine Lüge. Es geht nicht um unsere Freiheit, nicht um die der Ukrainer:innen oder anderer Völker dieser Welt. Es geht um den freien Zugang zu Märkten, um geostrategische Kontrolle, um die Absicherung kapitalistischer Profite im Interesse des Grosskapitals – nichts anderes. Deshalb sage ich: Nein zum Militarismus. Nein zu euren Kriegsvorbereitungen. Nein dazu, mein Leben oder das meiner Kinder für eure Interessen zu opfern. Das sollten wir alle gemeinsam und lauter zum Ausdruck bringen.

Özlem Alev Demirel ist EU-Abgeordnete der deutschen Partei Die Linke.

Quelle: etosmedia.



Özlem Alev Demirel. Quelle: zVg.

Margrit Schlosser

Für Vietnam auf immer

Die Solidaritätsarbeit der Schweizerischen Friedensbewegung SFB mit Vietnam trägt viele Namen: Von Tausenden von Spenderinnen und Spendern, die das Vietnam-Hilfskonto der SFB über Jahre hinweg grosszügig alimentiert haben, von Aktivistinnen und Aktivisten aus den eigenen Reihen, die demonstrierten, informierten, Schiffscontainer füllten, 1 Million Bleistifte sammelten, Lada-Kombis zu Ambulanzen umwandelten und nach Vietnam verschifften, Konferenzen, Konzerte, Vortragstourneen und Filmabende organisierten... Heute porträtieren wir unsere Friedensfreundin Margrit Schlosser aus Binningen, die 19 Jahre lang in verschiedenen Funktionen in Vietnam lebte und arbeitete und dabei immer wieder auch die SFB vertrat.

Von Martin Schwander

Margrit Schlosser holt mich an der Bushaltestelle von Gordovio im Maggial ab. Zügig laufen wir bergan, dem alten Dorfkern entgegen. Unterwegs weist mich Margrit auf dieses und jenes Häuschen hin und auf ihre Bewohner, von denen sie viele kennt. Sogar Günther Grass hatte hier einen Zweitsitz, seiner Tochter sei sie einmal begegnet. Die Türe, die sie an einer Gasse schliesslich öffnet, führt zu einem lauschigen Hinterhof, mit Zugängen zu mindestens vier weiteren alten Gebäuden, die sich um den Hof gruppieren. Ihr Vater, so erzählt Margrit nach kurzer Besichtigung ihres Refugiums, habe ihrem Bruder und ihr den Kauf des baufälligen Hauses in den siebziger Jahren ermöglicht, und sie hätten es dank einheimischen Handwerkern liebevoll renovieren lassen. Seit ihrer Rückkehr aus Vietnam im Jahr 2014 nun pendelt die bald 80-jährige Doktorin der Soziologie zwischen Binningen und dem Maggial hin und her.

Der Tessiner Hinterhof berge eine gewisse Symbolik, meint Margrit Schlosser. Sie sei in Basel buchstäblich in einem Hinterhof aufgewachsen, im Grenzgebiet zur chemischen Grossindustrie, mit dem «Echo der Zeit» als wichtigstem familiären Kontakt zur übrigen Welt. «Deshalb wohl meine Neugierde, wie die Welt wirklich aussieht.» Und Margrit fügt schmunzelnd an, dass sie als junge Frau an der Haushaltsschule in Zürich wohl als einzige jede der damals drei täglichen Ausgaben der NZZ gelesen habe... Die Schule schmiss sie nach nur einem Jahr und verliess sie mit einem Schlüsselerlebnis. Als die Rektorin sie nach den Gründen des Weggangs fragte, antwortete Margrit, soziale Arbeit interessiere sie mehr und sie würde gerne nach Afrika gehen. «Und da sagt diese Frau doch zu mir: «Was, zu dene dräckige und schtin-kige Neger wotsch du?!» Da bin ich rechtsumkehrt aus dem Büro gestürmt und habe bei mir gedacht: Jetzt erst recht!»

Weg vom «grünen Tisch»

Ihre Begierde nach Horizonterweiterung führte sie 1967 als Au-pair nach Québec: Sie wollte unbedingt die damalige Weltausstellung besuchen. Beim fast täglichen Besuch der Ausstellung reihte sich ein Aha-Erlebnis an das andere und entsprechend purzelten vorgefasste Meinungen. «Im Pavillon der UdSSR wurde ich schon mal nicht gefressen», lacht sie. «Das waren keine bösen Leute. Und ich habe auch erlebt, dass es gegen den kubanischen Pavillon mindestens drei Bombendrohungen gab.» Noch von Québec aus forderte sie in einem persönlichen Brief an den Bundesrat, die Schweiz möge doch US-amerikanischen Vietnam-Deserteuren und Kriegsdienstverweigerern Asyl gewähren.

Ihre eigentliche «Politisierung» erfolgte zwei Jahre später, bei einem Besuch einer US-amerikanischen Freundin in Chicago. «Die nahm mich mit zu einer ekstatischen Veranstaltung mit dem afroamerikanischen Prediger Jesse Jackson und dem Musiker Cannonball Adderley, und als wir danach auf die Strasse traten, trafen wir auf Mitglieder der Black Panther Party. Ihre ganze Präsenz hat mich enorm beeindruckt. Ich begann,

mich eingehend mit dem Rassismus zu beschäftigen und abonnierte auch eine Weile ihre Zeitung «The Black Panther.»

In der Zwischenzeit hatte Margrit in Basel die Abendmatur abgelegt und begann mit dem Studium der Soziologie in Basel und Zürich, das sie mit einer Dissertation zur demographischen Entwicklung der Gemeinde Riehen abschloss. Schon während dem Studium engagierte sie sich bei Terre des Hommes Schweiz in Basel. «Das war damals noch eine Art Arbeitsgruppe, entwickelte sich aber rasant und wurde für mich fast zu einem – ehrenamtlichen – Volljob.»



Dem Ho-Chi-Minh-Pfad entlang: Margrit Schlosser und der Biologe Phung Tuu Boi 2014 in Dong Son bei A Luoi, einem ausserordentlichen Dioxin-Hotspot. Foto zVG.

Einige Jahre begleitete sie die Entwicklung des Hilfswerks intensiv und führte die Deutschschweizer Sektion eine Weile auch als Präsidentin. Irgendwann aber wurde der schon lange gewachsene Wunsch immer intensiver, den «grünen Tisch» zu verlassen und «ins Feld» zu gehen: «Mich störte zusehends, dass wir über Dinge sprachen, von denen wir nicht wirklich eine Ahnung hatten.»

Für den Suchdienst des IKRK reiste Margrit Schlosser nach intensiver Vorbereitung schliesslich für zwei Jahre als Delegierte nach Angola, danach in gleicher Funktion von 1989 – 1991 nach Vietnam, in ein Land, das sie schon Jahre zuvor gepackt hatte.

Der Beginn einer innigen Freundschaft

«Es war 1981, als ich vom Verantwortlichen für die Vietnam-Projekte von Terre des Hommes Deutschland eingeladen wurde, ihn in den Norden Vietnams zu begleiten und dort ihre Projekte zu besuchen. Ziel war es, auch die schweizerische Organisation vermehrt in der Vietnam-Hilfe einzubinden. Nach einer Woche im Norden reiste ich dann mit einer Delegation der Deutsch-Vietnamesischen Freundschaftsgesellschaft weiter in den Süden. Es erging mir wie den meisten Besuchern: Ich verliebte mich Knall auf Fall in Land und Leute, und Vietnam liess mich von da an nicht mehr los.»

Nach ihrer Rückkehr beteiligte sich Margrit Schlosser 1982 an der Gründung der Vereinigung Schweiz-Vietnam und kam durch die gemeinsame Veranstaltung von Konzerten und Vorträgen in engeren Kontakt mit der Friedensbewegung. «Natürlich kannte ich die SFB früher schon und habe auch etwa Anlässe besucht, zum

Beispiel zu Kuba. Ich wusste auch von der riesigen Solidaritätsarbeit der SFB für Vietnam, den Containern, den Lada-Kombis von Alex Richard, dem Engagement von Martha Martin und insbesondere von Ruth Degen. Aber mit Vietnam wurde die Beziehung zur SFB schliesslich persönlich.» 1983 vertrat sie die Schweizerische Friedensbewegung an einem Treffen des Weltfriedensrates im befreiten Kampuchea. Vietnam selbst besuchte sie danach immer wieder und berichtete darüber gelegentlich in *Unsere Welt*. Sie unterstützte nachdrücklich die Opfer der verheerenden, Dioxinhaltigen US-Entlaubungsangriffe,

deren Nachkommen noch heute mit schrecklichen Missbildungen zu kämpfen haben. Und sie half mit an internationalen Konferenzen und nationalen Informationskampagnen, dass dieses furchtbare Kriegsverbrechen und die Forderung nach Genugtuung nicht in Vergessenheit geraten.

Ihr zweijähriger Einsatz für das IKRK zu Beginn der 90er Jahre brachte Margrit Schlosser der vietnamesischen Bevölkerung noch näher. Ihre Arbeit im Suchdienst, die sich vor allem auf vermisste Boat People und Soldaten im vietnamesisch-chinesischen Grenzkrieg bezog, war oft traurig: Viele der mit Schlepper-Booten losgezogenen Vietnamesinnen und Vietnamesen kamen auf stürmischer See ums Leben oder wurden von Banditen überfallen und umgebracht.

Die kleine IKRK-Delegation arbeitete eng mit dem Vietnamesischen Roten Kreuz zusammen und unterstützte es vorab administrativ. «Von gleicher Augenhöhe zu sprechen, ist unter den realen Verhältnissen der humanitären Hilfe immer etwas beschönigend», unterstreicht Margrit. «Wichtig war mir, in Vietnam wie anderswo, allen Menschen mit Respekt zu begegnen und immer daran zu denken, dass man persönlich meist viel mehr zurückerhält, als man gibt.» Die vietnamesische Bevölkerung sei geprägt von der jahrtausendealten Erfahrung der Fremdherrschaft, der Knechtung und Drangsalierung: Durch das chinesische Kaiserreich, die französischen Kolonialherren, die US-Imperialisten, in den achtziger Jahren durch das Bruderland im Norden. «Das Misstrauen sitzt tief und erklärt auch den pragmatischen Drang seit Ho Chi Minh, mit allen Nachbarn nach einem guten Verhältnis zu streben und sich nach Möglichkeit

aus internationalen Konflikten herauszuhalten.» Bambus-Diplomatie werde das in Vietnam genannt, biegsam und flexibel in allen Richtungen, aber fest verankert und wie ein Bambusstock nicht leicht zu brechen.

Für Engagement geehrt

Nach zwei Jahren hätte Margrit Schlosser turnusgemäss weiterziehen sollen. Das Angebot, den IKRK-Suchdienst im kriegsversehrten Ex-Jugoslawien zu führen, schlug sie jedoch aus. Ihr Schwerpunkt im Studium war die Soziologie der Entwicklungsländer und sie wollte zurück in die Entwicklungszusammenarbeit. Kurse im Rahmen der DEZA, der Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit des Bundes, brachten ihr schliesslich den Vorschlag ein, die Co-Leitung der DEZA-Zweigstelle in Bamako zu übernehmen, der Hauptstadt von Mali. Das Engagement endete nach dreieinhalb Jahren abrupt und tragisch: Ihr schweizerischer Co-Leiter wurde zusammen mit zwei einheimischen Mitarbeitern ermordet. «Die Mörder waren ganz klar Armeeeingehörige. Die Schweiz gab sich jedoch mit einer Entschuldigung des Präsidenten zufrieden. Das konnte ich nicht mittragen und der Tod der drei Kollegen geht mir noch heute sehr nahe.»

Zurück in der Schweiz ergriff Margrit Schlosser die erste Möglichkeit, wiederum in Vietnam zu arbeiten. Für das Hilfswerk Caritas betreute sie vor Ort für ein paar Jahre zwei ländliche Entwicklungsprojekte und konnte eine lokale Projekt-Administratorin gewinnen, die noch heute mit ihr eng befreundet ist. Von 2000 bis 2002 wirkte sie als «Managing Co-Director» einer Koordinationsstelle, die wegen der wachsenden Anzahl ausländischer Hilfswerke in Vietnam 1992 geschaffen worden war. «Das war eine Art Verbindungsbüro zwischen den zuständigen vietnamesischen Organisationen VUFO (Vietnamese Union of Friendship Organisations) und PACCOM (People's Aid Coordinating Comitee) und den über hundert internationalen Hilfswerken. Sie diente als Informationsdrehscheibe, zur Vermittlung der vietnamesischen Prioritäten, zur gegenseitigen Planung und war Anlaufstelle für die Akkreditierung als Hilfswerk.» Die Zusammenarbeit war herausfordernd, die Hilfswerke kamen mit ganz unterschiedlichen Vorstellungen und aus allen Ecken der Welt. «Monatlich organisierten wir thematische Foren und unterhielten Arbeitsgruppen, etwa zum Kinderrecht, zu Agent Orange, Landwirtschaft, Landminen etc.» Von 2003 bis 2011 schliesslich fand Margrit Schlosser sozusagen zu ihren Anfängen zurück und betreute für Terre des Hommes Lausanne in Ho-Chi-Minh-Stadt und zwei anderen Städten im Mekong-Delta, Cao Lanh und Can Tho, ein Projekt zur Betreuung von Kindern in Strassensituatio-

nen und zur sozialen und beruflichen Integration von entwurzelten Jugendlichen. Für ihr Engagement wurde sie 2005 auf Vorschlag des Sozialdepartements von Ho-Chi-Minh-Stadt im Rahmen einer nationalen Kampagne, die auf Ho Chi Minh zurückgeht, mit einer Auszeichnung bedacht. «Ich habe der Medaille damals wenig Bedeutung beigemessen», meint Margrit Schlosser zu dieser seltenen Ehre. «Aber im Rückblick gesehen bin ich schon stolz darauf.»

Dem Ho-Chi-Minh-Pfad entlang

Als Terre des Hommes ihre Tätigkeit in Vietnam 2011 einstellte, wollten die drei vietnamesischen Partnerorganisationen (zwei lokale NGO und ein städtischer Sozialdienst) das Projekt selbständig weiterführen. Zufälligerweise entwickelte zu jener Zeit die EU gerade ein Programm zur Unterstützung lokaler administrativer Institutionen und Margrit Schlosser, nun bereits pensioniert, half ihnen ehrenamtlich bei der erfolgreichen Projekt-eingabe und dem damit verbundenen EU-Formularkrieg. Ihre Mitarbeit bei der anschliessenden Implementierung wurde von der Verwaltung, dem Volkskomitee von Cao Lanh, zum Erstaunen von Margrit sogar offiziellisiert: «Sie bezahlten mir zwar keinen Lohn, was ich auch gar nicht wollte, aber übernahmen meine Unkosten.»

Nach Abschluss auch dieser Tätigkeit gingen die 19 vietnamesischen Jahre von Margrit Schlosser mit einer eindrücklichen Reise entlang der strategischen Versorgungsrouten Truong-Son («Ho-Chi-Minh-Pfad») endgültig zu Ende. «Ohne diese «War Memorial»-Reise wollte ich Vietnam nicht verlassen. Meine Freundin Lan und ich begannen bei der Son-My-Gedenkstätte, die, stellvertretend für die unzähligen Gräueltaten der US-Armee, an das grässliche Massaker von My Lai erinnert. Beendet haben wir unseren langen, beeindruckenden und bedrückenden Weg Richtung Norden an der «Dong Loc Junction», wo mit einem weiteren Monument der zehn jungen Frauen gedacht wird, die dort beim beschwerlichen Instandstellen der zerbombten Fahrtwege 1968 bei einem der zahlreichen Bombenangriffen auf den Ho-Chi-Minh-Pfad verschüttet und getötet wurden.»

Eigentlich hatte Margrit Schlosser davon geträumt, ihren Lebensabend irgendwo in Vietnam zu verbringen. «Das wäre aber schon allein aus gesundheitlichen Gründen keine gute Lösung gewesen und ohne institutionelle Einbindung reichlich kompliziert.» So pendelt sie seit ihrer Rückkehr in die eine Heimat halt nicht mehr nur zwischen Binningen und Gordovio, sondern jährlich auch für ein, zwei Monate zwischen der Schweiz und ihrer anderen, zweiten Heimat Vietnam.

Talon zum Mitbewegen

Name: _____ Vorname: _____

Strasse: _____ Mail: _____

PLZ: _____ Wohnort: _____

 Ich abonniere die UW (Abo-Preis: Fr. 20.–/Jahr)

 Ich möchte Mitglied der Schweizerischen Friedensbewegung SFB werden (jährl. Mitgliederbeitrag Fr. 50.– inkl. UW-Abo)

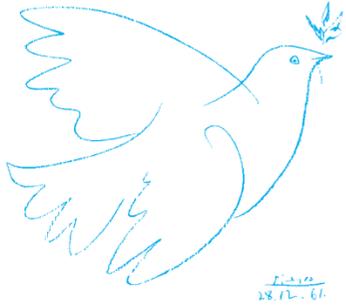
 Ich möchte ein gratis Probeabonnement der UW

 Ich verteile die UW. Bitte stellen Sie mir gratis _____ Exemplare der aktuellen Ausgabe zu.

Datum: _____ Unterschrift: _____

Zutreffendes ankreuzen, ausschneiden und einsenden an: Friedensbewegung SFB, Riehentorstrasse 27, Postfach, 4001 Basel, mail@friedensbewegung.ch

ISSN 1423-6826
 unserewelt@friedensbewegung.ch
 www.friedensbewegung.ch



Unsere Welt

Zeitung der Schweizerischen Friedensbewegung (SFB)

Impressum

Herausgeber: Schweizerische Friedensbewegung SFB, Riehentorstr. 27, Postfach, CH-4001 Basel
 E-Mail: mail@friedensbewegung.ch
 Telefon: 061/681 03 63
 Verantwortlich für die Herausgabe: Tarek Idri
 Redaktion: Stefano Araújo, Julia Hoppe, Tarek Idri, Jonas Jäggi, Ruedi Moser, Ephraim Piatti, Ueli Schlegel, Martin Schwander, Samuel Wanitsch
 E-Mail der Redaktion: unserewelt@friedensbewegung.ch
 Namentlich gezeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

«Unsere Welt» erscheint viermal jährlich.
 Auflage: 3500
 Abonnementspreis: mindestens 20 Franken. PC: 40-1627-7 IBAN: CH72 0900 0000 4000 1627 7
 Satz/Layout: Schweizerische Friedensbewegung. Druck: Bubenberg Druck- und Verlags AG, Bern

Mithelfen

«Unsere Welt» erscheint seit 1978. Dies, weil die Freundinnen und Freunde der UW mit Spenden es ermöglichen und weil viele Helferinnen und Helfer bei der Verbreitung mitmachen.

Wie kann ich helfen?

Indem Sie uns eine Spende überweisen und/oder einen Bund Zeitungen bestellen und an Ihrem Ort an Versammlungen oder in die Briefkästen verteilen. Benützen Sie dazu den Talon in dieser Ausgabe. Herzlichen Dank!

80 Jahre Zweiter Weltkrieg

Wie die USA Hitler halfen

Die USA unterstützten die Sowjetunion gegen den Überfall der Hitler-Wehrmacht – das ist weltweit bekannt. Aber zuvor hatten die USA Hitler politisch gefördert und die Hitler-Wehrmacht zur modernsten Armee ausgerüstet. US-Konzerne und Wall-Street-Banken unterstützten Hitler-Deutschland im Krieg, etwa durch die Wäsche von Raubgold und Raubaktien in weltmarktfähige Devisen. So wurde der Krieg verlängert und forderte noch mehr Opfer.

Von Werner Rügemer

Die Versailler «Friedenskonferenz» nach dem Ersten Weltkrieg galt unter Führung von US-Präsident Woodrow Wilson nicht dem Frieden, sondern im «nationalen Interesse» der USA dem Kampf gegen das Vordringen der «bolschewistischen Doktrin nach Westen».

Als sich abgezeichnet hatte, dass die sozialistische Revolution unter Lenin erfolgreich blieb, wegen der Unterstützung im Volk, hatten die USA 1918 noch während des Krieges die Invasion in Russland organisiert, nicht nur mit den Alliierten, sondern auch zusammen mit dem Deutschen Kaiserreich, dem verteuerten Todfeind. Auch wurden anticoloniale Kräfte von Wilson in Versailles abgewiesen, so etwa die vietnamesische Befreiungsbewegung unter Ho Chi Minh, die um Hilfe gebeten hatte. Die USA führten den Kolonialismus fort – die deutschen Kolonien gingen an Japan, England und Frankreich.

«Wir brauchen einen wie Mussolini»

Die USA hatten im Ersten Weltkrieg die europäischen Alliierten kreditiert und ausgerüstet. Nach dem Krieg beschleunigten US-Konzerne und -Banken ihre Investitionen in Europa. Zur Absicherung der Gewinne förderten die USA faschistische Diktatoren, welche Arbeiterbewegungen und Demokratie zerstörten und die Löhne niedrig hielten.

Es begann mit Benito Mussolini. Wie in vielen europäischen Staaten hatten auch in Italien seit 1917 Arbeiter gegen den Krieg gestreikt. Nach dem Krieg bildeten sich landesweit Arbeiterräte. 1920 hatten etwa eine Million Arbeiter ihre Fabriken besetzt. Doch die faschistischen Schwarzhemden-Trupps des gewendeten Ex-Sozialisten Benito Mussolini knüppelten und schossen den Generalstreik brutal nieder. Nach dem Marsch auf Rom 1922 wurde Mussolini von König Emanuele III. als neuer Regierungschef inthronisiert. Er war der «Führer», der «Duce».

Er wurde in den USA als europäische Leitfigur gefeiert. Elbert Gary, mit den Bankern J. P. Morgan und Andrew Carnegie Gründer des fusionierten Stahlkonzerns US Steel, forderte 1923: «Auch wir brauchen einen Mann wie Mussolini». Henry Luce, Herausgeber der Magazine Time, Fortune und Life, präsentierte den Duce als «den wichtigsten politischen Führer der Gegenwart».

Der «Duce» versprach staatlichen Schutz für ausländische Investitionen und förderte die Privatisierung öffentlicher Einrichtungen. Der von den US-Konzernen gelobte «Corporate State» und sein Verbot der Gewerkschaften garantierten niedrige Löhne. US-Konzerne kauften Anteile an den wichtigsten italienischen Unterneh-

men, so an FIAT (Autos), Pirelli (Autoreifen), Montecatini (Chemie). Ford eröffnete eine Fabrik.

Henry Ford: Hitler-Freund

Henry Ford war nach dem Ersten Weltkrieg der erfolgreichste US-Unternehmer, auch international. Ab 1919 gründete er Filialen in Europa, 1925 die erste Filiale in Deutschland. Der Gewerkschaftshasser Ford entdeckte neben Mussolini 1922 auch den noch unbekannt Adolf Hitler – und Hitler hatte auch schon Ford entdeckt. Der Reporter der New York Times besuchte Hitler im Dezember 1922 in dessen Hauptquartier in München, berichtete über die antisemitischen Schriften Fords auf Hitlers Schreibtisch sowie über die bereits begonnene Unterstützung Fords für den «antisemitischen bayerischen Parteichef». So unterstützte Ford den Putschversuch der Hitler-Truppe 1923 in München und zahlte ab dann jährlich 50000 Dollar an Hitler zu dessen Geburtstag. Grossindustrielle aus Deutschland, dann auch aus der Schweiz und den Niederlanden kamen erst Jahre später als Sponsoren hinzu. So hatten sich US-Konzerne 1929 mit 1300 Filialen in Westeuropa etabliert, hatten auch Aktien wichtiger Unternehmen gekauft, hatten den Markt für US-Waren geöffnet, vor allem in Deutschland.

«Fox Tönende Wochenschau», die deutsche Tochterfirma des Hollywood-Konzerns 20th Century Fox, produzierte schon vor 1933 Werbefilme für Hitlers Wahlkämpfe mit Titeln wie «Der Führer» und «Hitlers Kampf um Deutschland». Goebbels war überzeugt: Hollywood-Filme sind die bessere Propaganda, weil man die Propaganda nicht bemerkt. Goebbels schickte Regisseure wie Leni Riefenstahl nach Hollywood zum Lernen. Nazi-Deutschland wurde zum grössten Käufer von Hollywood-Filmen.

«Judenfreie» US-Unternehmen

Den US-Konzernen war Hitler näher als Roosevelts New Deal: In den USA bekämpften sie die Arbeitsgesetze und setzten professionelle Gewerkschaftsfeinde («Union Buster») und spezialisierte Agenturen gegen Gewerkschaften und Belegschaftsvertreter ein.

Mit der Aufrüstung unter Hitler ab 1935 produzierten Ford, GM und Chrysler in ihren westeuropäischen und vor allem deutschen Filialen Zehntausende Militärfahrzeuge für die Wehrmacht. GM und Ford produzierten schliesslich fast 90 Prozent der gepanzerten Drei-Tonnen-Leichtkraftwagen und 70 Prozent der mittleren und Schwer-Lkw.

Auch die Aussonderung von Juden vollzogen US-Filialen nach 1933 mit. Ford Deutschland erklärte 1936, man

werde «nur noch mit arischem Personal» arbeiten. GM trennte sich von jüdischen Zulieferern. Als «judenfrei» präsentierten sich auch andere US-Unternehmen. «Coca-Cola eiskalt»-Transparente hingen bei Goebbels' Propagandarealen im Sportpalast neben dem Hakenkreuz. Coca-Cola-Wagen begleiteten Aufmärsche der Hitlerjugend. Coca-Cola schaltete Werbung im Reichsrundfunk, in Partei- und Tageszeitungen, in populären Illustrierten und im führenden Antisemitenblatt «Der Stürmer». Coca Cola wurde offizieller Getränkepartner der Olympiade 1936 in Berlin. Das Unternehmen agierte als Teil des NS-Staates – wie es auch als Teil des US-Staates agierte.

1937 hatte Hitler den Verdienstorden vom Deutschen Adler (DAO) eingerichtet, für Ausländer, die sich um das Deutsche Reich verdient machten. Als einer der ersten erhielt ihn IBM-Chef Thomas Watson: Er hatte durchgesetzt, dass die Jahrestagung der Internationalen Handelskammer 1937 mit 2500 Delegierten aus 42 Staaten in Berlin stattfand. Man tagte unter Hakenkreuzfahnen in der Kroll-Oper, dem Sitz des Reichstags. Henry Ford erhielt den Orden 1938 zu seinem 75. Geburtstag. James Mooney, als Vizepräsident von GM für die Auslandsfilialen zuständig, erhielt im selben Jahr den Adlerorden in Gold.

Zögerliche Alliierte

Seit 1935 hatten die USA Hitler-Deutschland militärisch und technologisch aufgerüstet. Bis 1941 hatte damit die Wehrmacht ihre Blitzkriege

im Osten, Westen und Norden erfolgreich durchgezogen und noch Griechenland und den Balkan besetzt. Am 22. Juni 1941 begann die Hauptkriegsaktion: Eroberung der Sowjetunion («Unternehmen Barbarossa»).

Erst ab Oktober 1941 belieferten die USA auch die Sowjetunion, und nur zögerlich. Erst ab 1943, als die Sowjetunion Hitlers Blitzkrieg stoppte, schwenkten US-Konzerne und Roosevelt um. Nach dem Sieg des sowjetischen Militärs über die Wehrmacht bei Stalingrad begannen die ernsthaften US-Lieferungen. Aber die Sowjetunion bezahlte – im Unterschied zu den westlichen Verbündeten – alle Lieferungen mit harter Währung, mit Mangan- und Chromerzen und Gold.

Hitlers Gold in der Schweiz

1931 gründete Wall Street eine neue internationale Bank: Bank for International Settlements (BIS). Der deutsche Name ist Bank für Internationalen Zahlungsausgleich. So heisst sie noch heute und agiert als Zentralbank der Zentralbanken.

Der Sitz wurde nach Basel in die Finanzoase Schweiz verlegt. Die Anteile wurden durch die Zentralbanken der USA, Grossbritanniens, Deutschlands, Frankreichs, Italiens, Belgiens und Japans eingezahlt. Die USA waren der grösste Aktionär. Die deutsche Reichsbank blieb auch nach 1933 Aktionär, Hitler entsandte den Reichsbankpräsidenten Hjalmar Schacht in den Verwaltungsrat, nach den USA stellte NS-Deutschland das meiste Personal.

So wurde die BIS zu Hitlers Kriegsbank, unter US-Führung. 1938 übertrug sie nach dem «Anschluss» Österreichs das Gold der Nachbarrepublik an das Deutsche Reich. 1939 besetzte die deutsche Wehrmacht die Tschechoslowakei: Deren 23,1 Tonnen Gold überschrieb die BIS an die Deutsche Reichsbank. So wusch die BIS während des Krieges Nazi-Raubgold in gültige Devisen – Schweizer Franken, schwedische Kronen, portugiesische Escudos, US-Dollars usw.: So

konnte das NS-Regime kriegswichtige Güter im Ausland kaufen.

Die BIS lenkte etwa auch Arisierungsgewinne, die sich auf den Pariser Konten der Chase National Bank (Rockefeller) und Morgan ansammelten, zur Reichsbank. Allein Chase Manhattan fror «in enger Zusammenarbeit mit den NS-Behörden» etwa 100 Konten jüdischer Eigentümer ein.

US-Produktion mit Sklavenarbeitern

Gleichzeitig mit der Finanzierung setzten die USA auch die Rüstungslieferung an Hitler-Deutschland fort, so Ford in Köln und über Filialen in den von der Wehrmacht besetzten Staaten wie Frankreich, so auch GM. Der Einsatz von KZ-Häftlingen war selbstverständlich.

Das Technologie-Unternehmen IBM lieferte die Daten etwa für die Kriegs- und Gefangenentransporte in Europa und die Erfassung der KZ-Häftlinge. ITT und General Electric als Grossaktionäre beim Flugzeughersteller Focke-Wulf und bei AEG gehörten ebenfalls zu den Beschäftigten von Sklavenarbeitern.

Die USA und England bombardierten während des Krieges, vor allem zum Ende, in Deutschland 131 Städte, und insbesondere die Innenstädte. Etwa eine halbe Million Zivilisten wurden getötet – aber die Rüstungsindustrie, sowohl US-amerikanische wie deutsche, wurde nicht bombardiert. Die Strategie besagte: Die Wehrmacht sollte gut gerüstet gegen die vorrückende Rote Armee kämpfen, der «alliierten» Sowjetunion also möglichst hohe Schäden zufügen.

Das zeigte sich etwa auch bei der Bombardierung der Stadt Dresden zum Kriegsende im Februar 1945: Die britischen und US-Bomber warfen – wie einige Monate später die US-Bomber in Hiroshima und Nagasaki – ihre tödliche Fracht nur auf die bewohnte Innenstadt. Weder Militärs noch Industrie wurden bombardiert.

Werner Rügemer lebt in Köln und arbeitet als Publizist und Buchautor.



Der US-Grossindustrielle Henry Ford (Mitte) wird von Nazi-Deutschland mit einem Orden ausgezeichnet. Quelle: zVg.